

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Wirtschaftsrevue. Ausgabe D. 1946-1950 1948

46 (12.11.1948)

Kontraste

Es ist doch so merkwürdig, daß wir in Deutschland eine so kontrastreiche Wirtschaftspolitik betreiben. Wir wollen absichtlich nicht widerspruchsvoll sagen, weil nicht in diesem Widerspruch liegt und so sich zu einem eben kontrastreichen, aber wiederum einheitlichen Bild zusammenfügen; denn die Widersprüche sind nicht allein aus der Not, sondern aus einem langsam zum Leben dringenden Gefühl heraus entwickelt worden — und doch können wir die Kontraste nur an den Widersprüchen aufzeigen.

Man macht eine Währungsreform, um zu beruhigen die Jugendlichen, wenn Scheiben aus. Man macht eine Währungsreform, um wertloses Geld durch wertvolles zu ersetzen, pünktlich, aber in den ersten drei Monaten soll Geld unter die Leute, daß nicht nur die Scheiben fliegen, sondern auch der Ruf nach einem Preisanstieg wird. (Solche die Währungsreform auch noch dazu führen, daß sie uns zwangweise in die Bewirtschaftung zurückführt, dann wird sie vollends ein Danaergeschenk, wenn sie sich bis heute schon weitgehend entwickelt hat.) Man setzt bei den Besatzmächten die Aufhebung des Lohnstages durch und fragt auf der anderen Seite wieder an, die Preise zu kontrollieren und direkt oder indirekt zu bewirtschaften. Widerspruchsvoll geht es wirklich nicht mehr.

Dazu kommen kleine Demontis, die Bestätigungen sind: Seit Wochen ist das deutsche Volk darüber beunruhigt, daß man von einer neuen Währungsreform spricht. Der bayerische Justizminister forderte in Karlsruhe bei einer Parteilandsversammlung eine zweite Währungsreform, weil das durch den Verkauf georteter Ware eingenommene Geld in illegale Kanäle verschwunden sei. Die drei Tage später durch einen anderen Minister, der genau wie er, für die Wirtschaft nicht zuständig ist, demontiert, er habe keine zweite Währungsreform verlangt, sondern sich nur für einen Umtausch von jetzt gültigen Banknoten gegen neue eingesetzt, um eine Erleichterung der Währungsgewinne zu ermöglichen. Damit ist das Demontis wieder zu einer Bestätigung geworden. Es gibt Kreise in Deutschland, die allein um der Kontrolle willen die Noten noch einmal umtauschen wollen. Da die Währungsreform fehlerhaft war, wessen unsere Leser, daß wir jetzt alle Mühe haben, die Fehler möglichst nicht zur Auswirkung kommen zu lassen, ist das Bestreben der Herren in Frankfurt — und auch wir versuchen, unsere Beiträge zu leisten. Auf dem Wege zur Beseitigung dieser Fehler hätte ein solcher Umtausch eben erwünschte Folgen gehabt, aber man sollte doch nun endlich lernen, daß in einer Wirtschaftspolitik auch zentrale Faktoren eine wesentliche Rolle spielen. Wie kann man während die schweren Wunden der Währungsreform noch bluten, und man alle möglichen zentralen Maßnahmen, gegen Inflation und Preisüberhöhung in die Wege leitet, plötzlich wieder davon reden, daß die Noten getauscht werden! Ist man denn am großen Tisch so beschrieb, daß man nicht sieht, welche Wirkungen man mit solchen einem Gelderzeugung hat man denn nicht endlich gelernt, daß man, wie die Kreise trifft, die man treffen will! Hat man etwa mit der Währungsreform die Kreise getroffen, die man treffen wollte? Warum klagen denn die Finanzminister

Kreditrestriktion - Wirtschaftsrestriktion

Verschärfte Rediskont-Bestimmungen — Tabaksteuerloch in den Etats — Undurchsichtige Käufergewohnheiten

Waren gehen, Lager bleiben — Neue Festkontenregelung — Lastenausgleich, ein gefährlicher Weg (S. 3)

Wieder standen in den letzten Tagen viele finanzielle Erörterungen und Maßnahmen im Vordergrund der amtlichen Wirtschaftspolitik. Man ist also offensichtlich ernsthaft entschlossen, etwas zu tun, um den Preissteigerungen Einhalt zu gebieten. Die Stuttgarter Festkonten haben gewirkt und doch ist psychologisch etwas daran selbst. Während man sonst immer über Verschärfung klagen muß, wenn behördliche Entscheidungen getroffen werden, sind diesmal zwei Maßnahmen zu früh gesteuert worden: Das Sofortprogramm zum Lastenausgleich und die Kreditrestriktion.

Wir müssen, wie wir darauf näher eingehen und nur Untermauerung dessen, was wir sagen wollen, auf die Probleme der Staatsfinanzen in Deutschland kurz zurückkommen. Es ist bekannt, daß die Länderverträge noch nicht ausgeführt sind; sie müssen aber wegen der ganz entscheidenden Forderung der Besatzmächte ausgeführt werden. Die Steuererträge haben sich gesenkt und dürfen in absehbarer Zeit sich wieder nicht erholen. Die RM-Höhe herabkommen. Die Ermäßigung der Tabaksteuer hat dabei zunächst eine Erleichterung gebracht. Die Rückvergütungen aus den Beständen werden vielleicht nicht allen groß sein, aber die steuerrechtliche Kalkulation, die auf dieser Grundlage beruht, ist bei der Steuererhöhung verändert, hat sie sich. Der zu geringe Bestand an Rohmaterial und die notwendige rasche Ausschüttung, erhebliche Tabaksteuern zu bekommen. Man hat nämlich kalkuliert, daß die Steuerermäßigung der Tabaksteuer unter der Voraussetzung, daß der Restwert eines Minus der Ländererträge für die kommenden Monate zu rechnen. Außerdem bedeutet es einen weiteren Unsicherheitsfaktor in der Kalkulation, daß man heute noch nicht voraussehen kann, wie hoch bei den neuen, reduzierten, Preisen tatsächlich der Bedarf an Tabakwaren in Deutschland sein wird. Dazu kommt ein Moment der Käuferpsychologie in Deutschland, das wir an einem hübschen Beispiel charakterisieren wollen, wenn wir Ausfahrungen, die wir vor einiger Zeit machten, unterstreichen: Bei Lohnverhandlungen in einem

Zweig der norddeutschen Metallindustrie argumentierten die Gewerkschaften wie folgt: Der Arbeiter erhalte jetzt in Westdeutschland auf die Handwerkerkarte 80 Zigaretten im Monat gegen nur 40 bisher, also müsse er mehr Lohn bekommen, um die größere Anzahl an Zigaretten auch wirklich kaufen zu können. Diese Argumentation bewies, wie das deutsche Volk der selbständigen und freien Verfügung über seine Einkommensmittel entweiht werden ist. Das ist kein Vorwurf, sondern eine Feststellung. Um so schwerer kann man heute das voraussehen, was man früher einmal Klüftgewohnheiten nannte und in seine Absatzpolitik inkalkulieren konnte.

Das gleiche gilt für den Sturm gegen die Preissteigerungen, der sich teilweise gegen Geschäftsrichtete, deren Waren niemals in den Bereich der „Käufergewohnheiten“ des Mannes mit kleinem Einkommen gelangen. Darum ergibt sich heute auch schon das weitere Problem, ob tatsächlich bei sinkenden Preisen die Umsätze steigen, also der Bedarf anziehen wird. Insbesondere ist das im Zusammenhang mit dem Sofortprogramm des Lastenausgleichs zu betrachten. Wir halten es durchaus für möglich, daß nun mehr Waren aus den Lagerbeständen herauskommen, um die Produktions- und Handelsformen finanziell in den Stand zu setzen, die Lasten des

Sofortprogramms zu bezahlen. Aber zwei Fragen sind offen: 1. Viele Produktionsbetriebe dürfen von ihrem Lager gar nicht mehr Ware verkaufen, weil diese Waren bewirtschaftet sind, oder weil ihre Bestände an Rohstoffen und Halbfabrikaten einem Kontrollpunkt unterliegen; 2. werden viele Waren selbst bei erhöhter Preisrückmeldung kaum zusätzliche Käufer finden. Wir glauben z. B. kaum, daß das Stuttgarter Abendkleid mit 500 Mark zu einem Preis von 300 Mark unter den Leuten einen Käufer gefunden hätte, die die Scheiben eingeworfen haben. Wir glauben auch nicht, daß Aschenbecher und andere „Kulturprodukte“, nur weil sie um die Hälfte billiger werden, neue

Käufer finden. So simpel ist das sogenannte Gesetz von Angebot und Nachfrage nicht anwendbar.

Wir sind auf diese Fragen etwas näher eingegangen, um die Unsicherheit der wirtschaftspolitischen Beurteilung im Zusammenhang mit der psychologischen Situation hervorzuheben.

Wenn nun aber die Länder nicht endlich Vorschläge machen, wie sie wirklich sparen können, sondern nur immer nach neuen Finanzquellen, wie Reichsarbeitslosengeld usw. Ausschau halten, dann wird, wie wir schon oft sagen, die Gefährdung der Währungsreform, nicht untermauert werden, daß der Lastenausgleich keine soziale Angelegenheit, sondern eine Sanierung der Landesfinanzen bedeutet und nicht die ersten Opfer des Krieges zahlen, was wir bekommen, sondern die Lasten.

Damit sind wir wieder beim Kreditproblem angekommen. Hier stehen jetzt die Gegensätze wegen der ungelösten Kreditprobleme der Wirtschaft hart aufeinander. Der Bericht einer Bankkammer über den Monat Oktober steht fest: Der Zahlungsweg wird schließend, Bankkredite, besonders für die Bauwirtschaft, sind sehr schwer erhältlich, für Neuanfertigung, die

Lasten sanieren wen?

Der Lastenausgleich beginnt zu reifen. Man hat eingesehen, daß man mit der von den Militärgouverneuren festgesetzten Frist, nämlich Weihnachten, nicht auskommt — ein trauriges Eingeständnis, wenn man bedenkt, wie lange in Sachsen und Ostpreußen Kriegsjahre darüber herabgezogen ist. Selbst die Besatzmächte, die die Währungsreform des Krieges für eine Lastenausgleich, verdrängen haben, zieht nicht ganz, denn es wären bereits zehn Monate Zeit gewesen, um umzusetzen. Auch dem Gesetzentwurf, der den Namen Sofortprogramm trägt, merkt man an, wie schnell, je man könnte sagen, sagen blühend, er gemacht wurde. Nicht einmal die Nebelstellen, vor allem im § II, zu glätten, hat man sich bemüht gefühlt.

Manchmal eigene Betriebe errichten, wie ein Schritt vorwärts zur kalten Sozialpolitik oder zu kann schließliche Grundstückspekulation spielen. Soweit die Betriebe blühend sind, werden sie in der Lage sein, und werden sie, obwohl sie blühend sind, versuchen, Wechsel zu akquirieren und dann in den nächsten Monaten, wenn sie nicht aus den eigenen Mitteln zahlen können, sondern Ware auf dem Markt bringen? Oberflächliche Wirtschaftler werden das begründen und die Hoffnung äußern, daß nunmehr endlich die Preise sinken und der Deflationismus beginnt. Wir haben oft genug gesagt, daß der Zeitpunkt für eine Deflation zu früh ist und bleiben auch heute dabei. Beginnend eine Deflation, dann hört die Produktionssteigerung von selbst auf — und wir werden um Monate zurückgeworfen.

Weiter weiß jeder: Steuern sind immer Kostenfaktoren. Das ist sogar in dem Sofortprogramm steuerrechtlich untermauert. Der allgemeine Voraussetzung können bei der Einkommensteuer abgezogen werden, genau wie die anderen Vermögenssteuern. Die Kosten werden also steigen — und die Einkommen des Staates aus der Einkommenssteuer werden sinken. Da 1/4 der allgemeinen Voraussetzungen abgezogen werden können, trägt z. B. bei den Körperschaften wiederum 30% der Staat die zusätzliche Einnahme liegt also nicht bei 7% der zugrunde liegenden Vermögens, sondern nur bei 1,25%. Damit trägt der Staat doch 37,5% der Ausgaben aus diesem Lastenausgleich — eine Provision in Kaufmännischer Höhe!

„... sagt der Patriarch“

Deutschland ist das Land der Widersprüche geworden. In den letzten Wochen konnten nachgehende deutsche Ernährungspolitik nicht genug unklar, daß der Winter furchbar würde, insbesondere wenn wir nicht schnell daran gingen, wieder überall zu bewirtschaften — womit man naiverweise meinte, daß dann die Ware besser verteilt würde, in Wirklichkeit verschwindet sie dann mit Sicherheit vom Markt. Jetzt hat die OMGUS-Ernährungsabteilung genau das Gegenteil erklärt: Sie hält eine Verschlechterung der Ernährungslage in diesem Winter für unwahrscheinlich, und die Diskussionen über den möglichen Zusammenbruch der Lebensmittelversorgung der Doppelzone für unnötig. Ja sogar eine Besserung der gegenwärtigen Ernährungslage sei in absehbarer Zeit zu erwarten, „sagt der Patriarch“ (Vernehmung, wie meist Dr. John B. Canning, den Leiter der OMGUS-Ernährungsabteilung). Doch wenn der Patriarch dieser Meinung ist, dann wollen wir auch nicht eine andere Meinung haben. Gehörtem ist des Christen Pflicht — und des Deutschen.

Außerdem erfolgt sofortige Bezahlung. Das ist das Wichtigste; denn wie unsere Leser wissen, hat die oft erst nach Monaten erdregende Zahlung für das abgelieferte Vieh den meisten Ärger bei den Bauern erregt und war auch der Grund für die schlechte Viehhaltung.

Dafür sind jetzt Zahlen bekannt geworden. Der Obermeister der Metzgerinnung in München erklärte, daß in der Woche vom 17.—23. Oktober nur knapp 8 t Fleisch abgeliefert worden seien, dem ein Bedarf von wöchentlich 100 t gegenüberstehe. Im Lande sei Karubare ist das Ablieferungsanfall an Getreide bis jetzt nur zu 12,5% erfüllt worden. Beschlüsse der Länder über strenge Maßnahmen gegen stauende Ablieferer wurden von den Bauern mit Protest aufgenommen; in München wurde weiter festgesetzt, daß es jetzt schon wieder Bauern gebe, die Bankrott haben von 25.000 DM bis 50.000 DM. Und in Frankfurt seien Bestellungen in Gänge, Basinen und Datteln, also nicht unbedingt lebensnotwendige Artikel, von der Einfuhrliste zu streichen und an ihrer Stelle Fleisch einzuführen.

Nüchternes und Propagandistisches liegt in diesen Angaben nicht beilegender. Sie beleuchten das Bild, wenn auch nicht von allen Seiten. Es wird schwer sein, die richtigen Schlüsse zu ziehen. Der Kreuzmacher Weg scheint uns gangbarer als der Frankfurter.

In dieser Nummer:

- Erörterungen zu den Lastenausgleichs-paragraphen
- Sirell um das RWE-Verbandssystem
- Truman-Balace in Wallstreet
- Crispe revidiert Exportzölle
- Probleme „Kaufkraft“ in Frankreich
- Weltweitindustrie in Sorgen
- Helios Neuseeland
- Umsatzsteuerung und Steuer-Ministerium
- Steigender Kammerbedarf

Waren gehen, Lager bleiben

Wieder standen in den letzten Tagen viele finanzielle Erörterungen und Maßnahmen im Vordergrund der amtlichen Wirtschaftspolitik. Man ist also offensichtlich ernsthaft entschlossen, etwas zu tun, um den Preissteigerungen Einhalt zu gebieten. Die Stuttgarter Festkonten haben gewirkt und doch ist psychologisch etwas daran selbst. Während man sonst immer über Verschärfung klagen muß, wenn behördliche Entscheidungen getroffen werden, sind diesmal zwei Maßnahmen zu früh gesteuert worden: Das Sofortprogramm zum Lastenausgleich und die Kreditrestriktion.

Tarifvertrags-Gesetz verabschiedet

Vom Wirtschaftsrat wurde das Tarifvertrags-Gesetz verabschiedet, das die Gewerkschaften einseitig, einzelne Arbeitgeber sowie die Tarifvertragsparteien untereinander als Tarifvertragsparteien bestimmt. Tarifverträge sind nach dem Gesetz Mitglieder der Tarifvertragspartei und der jeweiligen Arbeitgeber, der Partei des Tarifvertrags ist. Der Direktor der Verwaltung für Arbeit kann einen Tarifvertrag in Einvernehmen mit einem aus je drei Vertretern der Spitzenorganisation der Arbeitgeber und Arbeitnehmer bestehenden Ausschuss auf Antrag einer Vertragspartei unter bestimmten Voraussetzungen für allgemein verbindlich erklären.

Zahlungsbeschränkung für Auslands-Gutscheine

Nach einer Mitteilung der Bank Deutscher Länder dürfen außerhalb der Währungsgebietes analoge deutsche Kaufkraft keine Warenbestellungen aufgeben. Ein Verbot gegen das Umrechnungsrecht stellt es dar, wenn in Verbindung mit Aufhebung des Lieferverbotes Waren dem Lieferanten oder Spediteur zur Anweisung übergeben wurden, und man zur Bestellung Geldmittel verwendet, die aus Forderungen stammen, welche der nicht im Währungsgebiet analoge Bestelle gegen Firmen innerhalb des Währungsgebietes hatte. Auch darf der Schuldner eine Anweisung seines Gläubigers, den Forderungsbetrag an ein

Abkommen über Kohlen- und Stahlindustrie

Die Verhandlungen, die von Seiten der britischen und amerikanischen Militärregierung über eine deutsche Treibstoffindustrie für die Kohlen- und Stahlindustrie im Ruhrgebiet geführt worden, sind abgeschlossen worden. Ein Abkommen wurde von General Clay und Robertan unterzeichnet. Wie verlautet, ist die Übergabe der Verwaltung des Ruhrgebietes und der Stahlindustrie in deutsche Hände sowie eine Vereinbarung des bisherigen Verwaltungsapparates vorgesehen. Die Kontrolle des Ruhrgebietes wird von dem Abkommen nicht berührt. Darüber wird auf der gestern in London begonnenen Konferenz verhandelt.

Bayerischer Gewerkschaftsverband gegen Steig-Handlungsplan

München. Der bayerische Gewerkschaftsverband, wendet sich gegen die Handlungsspläne, die den Firmen bei der Abwicklung des jetzt einlaufenden Verkaufs von Textilien amerikanischer Herkunft einzugestanden wurde. Angesichts des riesigen Bedarfs besteht für keinen der Beteiligten das geringste Risiko. 75% Großhandelspreise und 20% Kleinhändlerpreise, also 10% vom Verkaufspreis, nehme allein der Händler für die Weiterleitung einer Ware an Anspruch, die keinerlei Diktanden vertragen.

Demokratische Parteien fordern

dem die vor einem halben Jahr verkündeten Steuerermäßigungen auszuführen, seien sogar überkompensiert. Das ist immerhin eine Leistung. Und man geht sogar jetzt schon ganz ehrlich zu, daß die Beträge, die man an die Ungelassen ausbezahlt werden, geringer sind als die Einnahmen, die man mit der Steuererhöhung erzielt.

Demokratische Parteien fordern

dem die vor einem halben Jahr verkündeten Steuerermäßigungen auszuführen, seien sogar überkompensiert. Das ist immerhin eine Leistung. Und man geht sogar jetzt schon ganz ehrlich zu, daß die Beträge, die man an die Ungelassen ausbezahlt werden, geringer sind als die Einnahmen, die man mit der Steuererhöhung erzielt.

Demokratische Parteien fordern

dem die vor einem halben Jahr verkündeten Steuerermäßigungen auszuführen, seien sogar überkompensiert. Das ist immerhin eine Leistung. Und man geht sogar jetzt schon ganz ehrlich zu, daß die Beträge, die man an die Ungelassen ausbezahlt werden, geringer sind als die Einnahmen, die man mit der Steuererhöhung erzielt.

Demokratische Parteien fordern

dem die vor einem halben Jahr verkündeten Steuerermäßigungen auszuführen, seien sogar überkompensiert. Das ist immerhin eine Leistung. Und man geht sogar jetzt schon ganz ehrlich zu, daß die Beträge, die man an die Ungelassen ausbezahlt werden, geringer sind als die Einnahmen, die man mit der Steuererhöhung erzielt.

Demokratische Parteien fordern

dem die vor einem halben Jahr verkündeten Steuerermäßigungen auszuführen, seien sogar überkompensiert. Das ist immerhin eine Leistung. Und man geht sogar jetzt schon ganz ehrlich zu, daß die Beträge, die man an die Ungelassen ausbezahlt werden, geringer sind als die Einnahmen, die man mit der Steuererhöhung erzielt.

Demokratische Parteien fordern

dem die vor einem halben Jahr verkündeten Steuerermäßigungen auszuführen, seien sogar überkompensiert. Das ist immerhin eine Leistung. Und man geht sogar jetzt schon ganz ehrlich zu, daß die Beträge, die man an die Ungelassen ausbezahlt werden, geringer sind als die Einnahmen, die man mit der Steuererhöhung erzielt.

Demokratische Parteien fordern

dem die vor einem halben Jahr verkündeten Steuerermäßigungen auszuführen, seien sogar überkompensiert. Das ist immerhin eine Leistung. Und man geht sogar jetzt schon ganz ehrlich zu, daß die Beträge, die man an die Ungelassen ausbezahlt werden, geringer sind als die Einnahmen, die man mit der Steuererhöhung erzielt.

Demokratische Parteien fordern

dem die vor einem halben Jahr verkündeten Steuerermäßigungen auszuführen, seien sogar überkompensiert. Das ist immerhin eine Leistung. Und man geht sogar jetzt schon ganz ehrlich zu, daß die Beträge, die man an die Ungelassen ausbezahlt werden, geringer sind als die Einnahmen, die man mit der Steuererhöhung erzielt.

Demokratische Parteien fordern

dem die vor einem halben Jahr verkündeten Steuerermäßigungen auszuführen, seien sogar überkompensiert. Das ist immerhin eine Leistung. Und man geht sogar jetzt schon ganz ehrlich zu, daß die Beträge, die man an die Ungelassen ausbezahlt werden, geringer sind als die Einnahmen, die man mit der Steuererhöhung erzielt.

Streit im RWE-Verbundsystem

Über die geringen Steuererlöse (siehe unsere vorige Nummer)? Warum wird weiter kräftig ohne Fabrika verkauft? Die Antwort ist ganz klar: Die Minister sind selber schuld, durch ihr unverantwortliches Gerede. (Und 116 Minister haben wir in Deutschland!) Wenn Justizminister währungsrechtliche Vorschläge machen und Kultusminister sie demontieren müssen, dann besteht auch in Zukunft keine Aussicht darauf, daß es heikle und nur Fachmännern vorbehaltenen Entscheidungen nicht getroffen werden.

Man kann vom Eisenstein und vom Bauern, Industriern, Händlern nichts Unnatürliches verlangen. Vom Ochseneis kann man nur handfeste verlangen heißt es in dem deutschen Sprichwort. Es ist ganz selbstverständlich, daß jede Einzelperson und jeder Kaufmann, der auf die Existenz seines Betriebes bedacht sein muß, auf ein Gerede über Notensatz und so reagiert, wie heute reagiert wird. Und nach dem schönen Wort Goethes: „Ihr laßt den Armen schuldig werden, dann überlaßt ihr ihn der Pein, paump man 1. ziviel Nöten in die Gegend, 2. redet man über neuen Notensatz und dann tut man entwürdigend über Notensatz und Notensatzungen, und ruft den Staatsanwalt an und möchte am allerbesten alle Wirtschaftler hängen. Wir wundern uns keineswegs, daß bei diesem Durcheinander auch der allgemeine Gewerkschaftsstand von Rheinland-Westfalen Vorschläge macht, die gegen unsere Übersetzung sind: Er fordert Barzahlungen über 100 DM im Geschäftsbereich nicht mehr zulassen und den gesamten Zahlungsverkehr über die Banken zu lenken; auch eine Überwachung des gesamten Güterverkehrs sei notwendig. Dieser Vorschlag ist ein Verwirrungsversuch. So lassen wir ihn auf, denn schließlich kann Stellung zu nehmen ist unsern Lesern gegenüber nicht notwendig, ganz abgesehen davon, daß der Vorschlag praktisch undurchführbar ist. Wir haben diesen Vorschlag aber erwähnt, als einen weiteren Beweis für die oben angelegte These, daß wenn es so weiter geht, uns die Währungsreform zwangsläufig in eine neue Staatswirtschaft hineinführt, comme il faut.

Wir wollen noch einmal daran erinnern, daß man von deutscher Seite aus die Währungsreform nur unter Föpfung mit der Aufhebung der Bewirtschaftung gewünscht hat, wenn gleichzeitig die Freiheit der Preisbildung gewährt. Wenn man heute wieder an diesen Grundsätzen rüttelt, dann zeigt man störrische Skepsis an Wert der DM. Will man das?

Das Zweimächtekontrollamt hat in einem Brief an Dr. Pünder erklärt, daß die Militärregierungen mit der Aufhebung der Bewirtschaftung und Preiskontrolle in Lebensmittel nicht einverstanden seien. Da nur 50% des westdeutschen Lebensmittelbedarfs aus der deutschen Erzeugung Deckseln, die andere Hälfte eingehandelt wird, ist es so sich die Freiheit der Preisbildung gewährt, was bestimmt zu einer Lebensmittelverknappung führt. Wenn man aber den deutschen Stellen die Verteilung der Lebensmittel überläßt, dann sollte man ihnen, wenn überhaupt, gute Ratschläge geben. Nach den Erfahrungen, die wir während der RM-Zeit und hierher gemacht haben, geht jede Bewirtschaftung in Deutschland daneben, einschließlich der Preiskontrollen. Je schärfer die Maßnahmen werden, um so mehr verdrückt von der Ware und um so teurer verkauft die dort auf, wo man nicht mehr kaufen kann. Das ist doch nun so oft erklärt worden. Will man das einfach nicht sehen?

Behalten wir doch bei einem praktischen Beispiel, das wir schon in den letzten Wochen mehrfach erwähnen konnten: Das Fleisch. Die Preise am freien Markt waren gerade bei Fleisch im Verhältnis am niedrigsten von allen Preisen am freien Markt — bis die Bemerkung von dem zu früh gegessenen Weihnachtbraten fiel. Jetzt wird es vielleicht ein wenig mehr, aber die Weihnachtbraten vom freien Markt geben, aber daran, daß er viel teurer ist, ist nicht die Marktlage schuld, sondern die Neuerrichtung der Bewirtschaftung. Und das alles regelt unter der Flagge einer sozialen Tat.

Damit kommen wir auf den Ausgangspunkt unserer Artikel zurück: Diese Widersprüche haben Kontraste in unsere Wirtschaftspolitik gebracht, die doch insgesamt ein Gesicht bieten. Wir müssen noch einmal durch ein kurzes Bewirtschaftungsleben hindurch, das vielleicht im nächsten zum Sommer nächsten Jahres sanft und nur den Nahrungssektor betrifft. Wir werden auch das ausüben, aber wir können diese Zeit bereits benutzen, um unsere Landwirtschaft fit zu machen für die Zeit, da die Bewirtschaftung endgültig fällt. Es geht nämlich nicht nur um den Schutz der nicht landwirtschaftlichen Bevölkerung, sondern um den Schutz des Landvolkes. Dort könnten im Sommer die Stürme stark werden und manchen alten Bauern brechen dem Landvolk ist noch einmal eine Schonzeit gegeben. Andere Teile der Wirtschaft haben nicht nur keine Schonzeit mehr, sondern befinden sich bereits im Druck von drei Seiten her: 1. ist der Lohnsatz aufgehoben und die Arbeitslosenzeit gering, also werden die Löhne steigen — und damit die Kosten; 2. steigen die Umsätze rückläufig zu werden; auch die jetzt kommenden Lohnsteigerungen werden diesen Umstrückung nicht ganz wettmachen; 3. kommt ausländische Ware zu billigen Preisen herein.

Aus diesen Kontrasten wird sich eine Wirtschaft in Deutschland bilden mit marktem, schärf verwilligtem Gesicht, mit einer sozialen Verantwortung, die höher liegt als Dogmenstreit, eine Wirtschaft, die Erfahrungen kennt und sie nutzt, die auf eine Propaganda verzichtet, mit der bisher immer unzustände Taten als besonders sozial hervorgehoben wurden. Da entscheidet dann nicht

die Beteiligungen des RWE in Essen an der Schluchsee-AG Freiburg und an den Rheinkraftwerken Albrück-Dogern-Waldshut, sind durch Änderung der französischen Militärregierung unter Zwangsverwaltung gestellt worden. Diese Maßnahmen hat in Essen einige Bestätigung hervorgerufen. Man argumentiert dort nach der französischen Seite hin, daß über diese Anordnung die sich auf die Verbindung des RWE zur Verhinderung übermäßiger Machtentfaltung in der deutschen Wirtschaft vom 9. Juni 1947 stützt, das letzte Wort nicht gesprochen sei; denn durch die britische Militärregierung sei das RWE als „PUBLIC UTILITY“ anerkannt und nicht der Beschlagnahme unterworfen worden. Darum ist man in Essen der Meinung, diese britische Entscheidung müßte auch für die anderen Zonen bindend sein.

Nun hat sich diese Anordnung der französischen Militärregierung allein auf die finanziellen Beteiligungen des RWE an Kraftwerken in der französischen Zone bezogen. Unter Zwangsverwaltung sind nur gestellt, die flüchtig-provisorische Beteiligung des RWE am Schluchseewerk und die siebenundzwanzigprozentige Beteiligung an Albrück-Dogern. An den langfristigen Lieferverträgen wird damit nichts geändert und ebenso wenig am industriellen Aufbau dieser Unternehmungen und am Verbundsystem. Auch wir halten es für richtig, daß die juristische Seite dieser Angelegenheit geklärt wird, insbesondere ob man bei Versorgungsunternehmungen, zumal wenn die Aktien in öffentlichen Händen sind, die Entflechtungsverordnung überhaupt anwenden kann. Eine industrielle Machtentfaltung ist zweifellos bei einem so großen Unternehmen wie das RWE gegeben. De jure könnte man also diese Entflechtungsverordnung schon anwenden, aber der Sinn der Entflechtungsverordnung geht doch über gegen die Machtentfaltung in den Händen weniger Privatpersonen. Wollte man über diesen Gesichtspunkt hinausgehen, dann käme darin nun Ausdruck, daß die Besatzungsmacht auch die Zusammenhebung wirtschaftlicher Macht bei öffentlichen Unternehmungen nicht wünschen bzw. unter Kontrolle halten will. Eine Entscheidung in dieser Frage ist also von mehr als nur wirtschaftspolitischer Bedeutung.

Nun hat das RWE auf diese Maßnahmen reagiert. Es sieht darin eine Gefährdung des Verbundsystems. Bekanntlich wurde das überflüssige Wasser aus Süddeutschland nach Norden abgegeben und dafür überschüssige Elektrizität, insbesondere Spitzenenergie nach Süden gegeben. Man ist nun in Essen der Meinung, daß sich aus dieser Maßnahme eine Beeinträchtigung nicht nur der Energieversorgung der drei Westzonen ergibt, sondern auch eine damit verbundene empfindliche Störung der so dringend notwendigen Erhöhung der Produktion an Bedarfsgütern, nicht zuletzt an Rohstoffen, Holz und Walzwerkzeugen ergeben. Nach dem, was wir bis jetzt gesagt haben, ist dieser Einwand nicht ganz zu verstehen, weil sich, wie gesagt, weder an den Verträgen noch in

diarität oder technisch etwas geändert hat.

Das ERW aber deutet nunmehr an, daß auch eine bedeutende Einwirkung auf die Elektrizitätstarife in Aussicht steht, die nicht ohne Kostenverleumdung in den Grundstoffindustrien bleiben werde. Tatsächlich sind von RWE ultimative Forderungen erhoben worden und man hört von einer Verdoppelung der Tarife.

Wir wollen in diesem Streit keine Stellung beziehen, weil wir immer noch hoffen, daß sich diese Gegensätze bald auflösen. Es gibt für beide Standpunkte genügend Argumente, aber es gibt keine Argumente für Dringungen und eine Gefährdung des Verbundsystems.

Nach einer Einleitung können wir im folgenden den Standpunkt des RWE kurz darstellen:

„Gegen formal trägt das RWE durch die Beteiligung sächsischer Böhme, Kreuze, Gernheim und anderer Standorte darunter auch Baden, den Charakter eines gemeinsamen Stützpunktes. Dieser Betrieb in seiner gesamten Ausdehnung über die Grenzen verschiedener Länder bildet durch seine zusammengefaßten und technisch von einer Stelle dirigierten Leistungen mit allen seinen Kraftwerken, Umspannstationen und Abnahmestellen ein einheitliches Ganzes. Es handelt sich nicht etwa um eine bloße wirtschaftliche Beherrschung von rechtlich getrennten und voneinander in Produktion und Betrieb unabhängigen Einzelwerken, die ebenso auch als einzelne Unternehmungen betrieben werden könnten. Vielmehr hat sich zwangsläufig aus der Natur der Elektrizitätserzeugung ergeben, daß diese an wirtschaftlichen nur dann durchgeführt werden kann, wenn die britische Einzelzeugung des homogenen Produktes Elektrizität zu einer straff zusammengefaßten Großraumwirtschaft weiterentwickelt wird. Diese muß alle günstigen Erzeugungsstellen durch entsprechende Verbindungsleitungen zusammenfassen, also Stein-Brannbohle und Wasserkraftstrom in sich vereinigen. Hierdurch erst wird ein wirtschaftlicher Ausgleich zwischen Energieüberschuß- und Mangelgebieten möglich, können die inkompatiblen Wasserkräfte voll ausgenutzt und die Kohlenkraftwerke so betrieben werden, daß sie durch Fahren der Grundlast den günstigsten Brennstoffverbrauch haben, während Spitzen von Wasserkraft, darunter vornehmlich das Schluchseewerk, übernommen werden.“

Diese öffentlichen Aufgaben sind durch das deutsche Energiewirtschaftsgesetz auf das gemeinsame Unternehmen übertragen und kontrolliert, so daß eine übermäßige Machtentfaltung auch rein rechtlich ausgeschlossen ist. Der Gedanke des Zusammenstoßes der Elektrizitätswirtschaft hat sich aber nicht nur bei uns, sondern in der ganzen Welt, nicht zuletzt in Frankreich, das zu starker Konzentration übergegangen ist, durchgesetzt. Um so unverzichtbarer ist, daß die französische Militärregierung den gegenständlichen Weg gehen will, den für unsere Land für gut befunden hat. Auch das RWE ist durch sein Verbund-

netz mit den französischen Werken gekoppelt, über das erhebliche Mengen exportiert werden, und so kann die Folge der jetzigen Maßnahmen auch eine Störung dieses Betriebes sein.

Daß natürlich die französische Zone sich selbst durch die Zerschlagung des Verbundbetriebes am schwersten schädigen muß, ist schon deswegen klar, weil sie über keine nennenswerten Kohlenkraftwerke verfügt. Denn die Folge der Wegnahme der Wasserkraft wird die Neukalkulation der Tarife für die französische Zone zu strahlen, die bisher auf dem wirtschaftlichen Ausgleich von Wasser und Kohle beruhten, indem es nunmehr reine Kohlenpreise zu berechnen gezwungen wird, sofern es überhaupt noch liefern kann. Andererseits wird das Schluchseewerk, das sonst bei dem Laufen derartiger Mengen Spitzenstrom gar nicht aufgenommen in der Lage ist, auf Wunsch von dort das RWE herauszu-, und das wird auf langfristige Abschreibungen und Anpassungen kalkuliert wurde, mit dem Wegfall dieser durch das RWE geschaffenen Grundlagen sich zu viel zu geringeren Preisen kommen muß. Da der Stromfluß in doppelter Richtung in Pampelton — Spitzenstrom — aufhört.

Aber auch zu weiteren Plänen, die der französische Zone neue Stromspeicher erschließen (Sooel, Our etc.) wird das RWE keine Neigung mehr haben, wenn eine derartige Rechtsunsicherheit besteht. Wie soll in Zukunft der Bau von Leitungen nach dem Süden noch gewagt werden? Soll etwa zwischen zwei Masten eine Stützlinie, die Bestverhältnisse der über sie laufenden Leitungen ändern?

Natürlich ist auch von Standpunkt des Industriewerks aus gestrichelt, die allerschwersten Bedenken zu erheben. Schon jetzt ist die Versorgungsfrage des

Beverser katastrophal. Was soll werden, wenn die Spitzenleistung des Schluchseebetriebes mit geschätzlichen 140 000 kW, die auf 250 000 kW im Bag get, und wenn Albrück mit 75 000 kW ausfallen, und wenn die Spitzenleistung nicht mehr unbedingt zur Verfügung steht. Es ist ja möglich, daß diese Spitzenleistung, die bisher auf engster betrieblicher Verbundheit und Anordnungsbedeutung gewährleistet war, bei einem neuen Lieferungsvertrag ähnlicher Willkür ausgesetzt ist, wie jetzt die Betriebsgesamtheit mit dem aufstrebenden Vertragspartner geföhrt werden kann. Die Sicherstellung der Versorgung des Industriegebietes verlangt, daß dem RWE als einem der Hauptenergieanbieter auch der maßgebende Einfluß auf seine Erzeugungsstellen erhalten bleibt.

So wird also die Zerschlagung — ob ganz oder teilweise — nicht nur eine Gefährdung der wirtschaftlichen Versorgung der französischen Zone und der Elsass zur Folge haben, sondern auch der innerdeutschen und der europäischen Energiewirtschaft und damit den Gesamtplan der Zusammenarbeit aller Marktschallpunkte des schließlichen Dienst zu werden. Man wird daher der Klärung der Frage Schluchsee-Albrück im Sinne wirtschaftlicher Vermarktung abergründig Aufmerksamkeit von allen Seiten zu schenken haben. Es geht um mehr als um die Erhaltung einer Beteiligung eines Unternehmens; um Reichhaltigkeit und Wirtschaftlichkeit der gesamten Energiewirtschaft.

Zur Vermeidung von Stromschonungen und Produktionsausfällen im Winter arbeitet die Rheinische Elektrizitätswerk einen Plan aus, nach dem der Kölner Raum in 7 Sektoren eingeteilt werden soll. Die Industrie soll während der kommenden Wintermonate am Samstag und Sonntag voll arbeiten, während jeweils einer von sechs Sektoren an einem Wochentag Sonntagsruhe hält und am vorhergehenden Tag wie am Samstag arbeitet. Bei dem siebten Sektor, dem Porze Gebiet, bleibt alles mit Rücksicht auf die langen Anmarschwege wie bisher.

Rekordausfuhr der Doppelzone

Der Außenhandel der Doppelzone hat im September einen weiteren Auftrieb erfahren. Die Ausfuhr betrug 51 Mill. Dollar gegenüber 48 Mill. im August und ist die höchste monatliche Exportstufe seit der Besatzung. Damit erreichte der Export in den ersten neun Monaten dieses Jahres insgesamt 397 Mill. Dollar. Die Gesamtimporte erreichten im September etwa 198 Mill. Dollar, so daß die Gesamtüberschüsse in den ersten drei Vierteljahren 1948 betragen. Falls die Ausfuhr weiter auf einer monatlichen Höhe von rund 60 Mill. Dollar bliebe, so dürfte nach Ansicht allerer Kräfte die Gesamtüberschüsse des Jahres 1948 575 bis 600 Mill. Dollar erreichen. Dabei sind jedoch die Wiedereinfuhren im September um etwa 14% auf 22,8 Mill. Dollar zurückgegangen; sie betragen in den ersten neun Monaten 2,2 insgesamt 204,4 Mill. oder rund 50% der Gesamtausfuhr.

Die sogenannten unrichtigen Exporte (Schiffungen usw.) sind im September auf 1,8 Mill. Dollar gestiegen, das sind 3,5 Mill. in den ersten neun Monaten 1948. Die Holzindustrie hat in dieser Zeit um etwa 74% auf 1,3 Mill. Dollar abgenommen und beträgt somit in den ersten neun Monaten 21 Mill. Dollar oder 5,3% der Gesamtausfuhr. Den Hauptanteil an der Ausfuhr von Fertigwaren hatten Textilien mit 33,3 Mill. Dollar oder 7,5% der Gesamtausfuhr. Anders bedeutende Ausfuhrposten waren Maschinen und Fahrzeuge mit 29 Mill. Dollar, Chemikalien mit 17,2 Mill. Dollar und Eisen und Stahl mit 13,3 Mill. Dollar.

Der Hauptabnehmer in den ersten neun Monaten war das Vereinigte Königreich-luxemburgische Wirtschaftsgebiet mit einem Betrag von 41,8 Mill. Dollar oder 14,4% der Gesamtausfuhr. Andere Großabnehmer waren Großbritannien mit 30,5 Mill. Dollar, Frankreich mit 24,4 Mill., Holland mit 23 Mill., Österreich mit 22,8 Mill. Die Marshall-Plan-Länder haben in dieser Zeit für insgesamt 35,3 Mill. Dollar aus der Doppelzone bezogen, das sind 6,9% der Gesamtausfuhr.

Die Einfuhren erreichten im September an Lebensmitteln 297 Mill. Dollar, an Sauggut 1,1 Mill. Dollar, an Döngemitteln 4,8 Mill. und an Mineralprodukten 4,3 Mill. Dollar. Von den Lebensmitteln stammten 297 500 t aus den USA und 7 500 t aus europäischen Ländern. Im September betragen die Einfuhren in die Doppelzone im Rahmen des europäischen Wiederaufbauprogramms 11 Mill. Dollar, wovon der Gesamtwert dieser Lieferungen Ende September 1948 37 Mill. Dollar oder 14,9% des Gesamtprogramms erreichte. Im Oktober weisen die Lebensmittelimporte mit 297 100 t einen starken Rückgang auf. Davon entfallen 200 000 t auf Getreide und Mehl (hauptsächlich aus den USA), 21 44 t auf Roggen aus Dänemark, 79 t auf Roggen aus Ungarn und 21 307 t auf Zucker. Der Rest der Einfuhr verteilt sich auf Hüllensfrüchte, Trockenfrüchte, Frischgetreide, Obst, Fleischerzeugnisse, in Dosen, Honig, Schmalz und Ölrückstände.

Erkennung noch hays nicht vorkriegsmäßig

Auch 1948 wird die Bevölkerung Westdeutschlands qualitativ noch nicht so erhöht werden können wie vor dem Krieg, da vor allem für die um 30% gestiegene Bevölkerung besonders Milch, Schweinefleisch und Fett fehlen. Es werden daher auch nach Ablauf des ERP noch etwa 50% der Ernährung durch Einfuhr aus dem Ausland gedeckt werden müssen. Auch die Einfuhr von Futtermitteln müßte auf das Doppelte gesteigert werden.

In der nächsten Zeit werden vom Kaffee-Einfuhrkontingent in Hamburg 40 000 Sack Kaffee an deutsche Importeure freigegeben werden. Der Kaffee soll möglichst rasch den Verbrauchern zugeführt werden. Die Mittel für den Ankauf dieser Menge wurden von der JFEA bereitgestellt.

Rekord-Stahlproduktion

Die Stahlproduktion der Doppelzone erreichte im Oktober mit 419 254 t einen neuen Höchststand und war um 20 000 t höher als im September. Die Rohstahlproduktion betrug im Oktober 306 104 t.

Höhepunkt der Holzindustrie, Rheinische

Frankfurt. Die Wagnersforderungen für den Holzverkehr haben ihren Höhepunkt überschritten. Kur der Holzverkäufer nimmt nach so im Preisrückgang. Der Bestand an Holz im Holzlagerbestand ist im Vergleich mit dem Ende des Jahres 1947 um 10% gesunken. Die Wagnersforderungen für den Holzverkehr haben ihren Höhepunkt überschritten. Kur der Holzverkäufer nimmt nach so im Preisrückgang. Der Bestand an Holz im Holzlagerbestand ist im Vergleich mit dem Ende des Jahres 1947 um 10% gesunken. Die Wagnersforderungen für den Holzverkehr haben ihren Höhepunkt überschritten. Kur der Holzverkäufer nimmt nach so im Preisrückgang. Der Bestand an Holz im Holzlagerbestand ist im Vergleich mit dem Ende des Jahres 1947 um 10% gesunken.

Kreditrestriktion - Wirtschaftsrestriktion

Fortsetzung von Seite 1

Letzteren, Maschinen usw. können die Banken die Kredite ab. Auf der anderen Seite stehen die im Anfang dieser Woche angekündigten Kreditrestriktionen. Auch diese in Stichworten: Die Kreditinstitute müssen auf unbedingte Einhaltung der Laufzeit für die gewährten Kredite achten; Wechsel von Kreditnehmern, die über Warenlager verfügen und über das in der Geschäftsbüro unbedingt notwendig Maß hinausgehen, werden von den Landeszentralbanken nicht mehr verabschiedet; Bankkreditlinien sind zu weitgehendem Umfang befristet zu werden; die Landeszentralbanken dürfen Ausleihforderungen nicht mehr ankaufen; Wechsel, die den genannten Erbschaften entsprechen, können höchstens zu neun Zehntel ihres Nennbetrags lombardiert werden und Wechsel, die den Anforderungen nicht entsprechen, nicht einmal lombardiert werden.

Die praktische Auswirkung dieser Maßnahmen wird im Moment noch nicht sehr groß sein. Wohl aber Mitte Januar nächsten Jahres, wenn die Zahlungen für das Sofortprogramm erfolgen müssen. Man hat also gleich von zwei Seiten her dafür gesorgt, daß der Jahresanfang unter Bedingungen gestellt wird, die in jeder Hinsicht restriktiv sind: die deutsche Wirtschaft wird durch den deutschen Wirtschaft auf diesen Zeitpunkt hin werden heute bereits begrenzt. Schon jetzt wird jedem Einseitigen klar sein, daß ein vielschichtiger Anfang des Jahres aufstrebender

„Generalstreik, ein Unglück“

Heute soll nach den bisherigen Mitteilungen der Gewerkschaftskreise von allen Arbeitern und Angestellten des Zweizonen-Gebietes die Arbeit für 24 Stunden niedergelegt werden. Auch die öffentlichen Dienste wollen sich an diesem Streik beteiligen, sofern sie nicht lebenswichtige Aufgaben zu erfüllen haben.

In Essen „Generalstreik wäre ein Unglück für Deutschland, und nichts würde Deutschland mehr zurückbringen“, erklärte Mr. Collins, der britische Leiter der UKTU Coal Control Group in einer Presskonferenz auf Villa Hügel in Beantwortung einer Frage über den Gewerkschaftsbeschluß für einen Generalstreik. Es werde alles geschehen, um die Bergwerke zu sichern.

Die beträchtliche Steigerung der Kohlenproduktion in der letzten Zeit bezeichnete er als sehr erfreulich, aber auch im Hinblick auf die erhöhten Anforderungen der sich jetzt erholenden Wirtschaft als dringend notwendig. Auch habe die Schlichtung im Kopf der gesamten Reichsleitung im westdeutschen Steinkohlenbergbau in der letzten Woche 0,90 t gegen 0,83 t im Jahre 1947 betragen. In England lägen die entsprechenden Zahlen bei 1,1 t und in Amerika in manchen Zonen bei 1,0 t und in wieder anderen bei 1,0 t, wobei natürlich die günstigen Förderverhältnisse in diesen Ländern zu berücksichtigen seien.

Zur Preisfrage wurde mitgeteilt, daß man einer Preislenkung nicht zu rechnen sei.

Im Hinblick auf Gerüchte, daß Deutschland wegen des französischen Streiks gezwungen werden solle, erhöhte Mengen Kohle und Strom nach Frankreich auszuführen, wurde die Versicherung abgegeben, daß keinerlei entsprechende Ersuchen gestellt worden seien.

Spezialmaschinen werden demontiert

Am 27. 10. erging an die Hiltnerwerk-Hörde AG, der Bescheid, daß die Demontage des vollumstrittenen Objektes der 5-m Straße nicht weiter betrieben werden würde. Wie eine endgültige Klärung durchgeführt sei. Zur 5-m Straße gehören als wichtige unbedingt notwendige Maschinen eine Walzendreh- und eine Wälzschleifbank, die als Spezialmaschinen für diese Straße anzusehen sind. Es ist eine unglückliche Verkettung der Ereignisse, daß trotz Bestrebungen der beteiligten deutschen Stellen, der Werkleitung und vor allen Dingen der Reichsleitung, die ihre Existenz mit der 5-m Straße verknüpft sieht, die beiden oben genannten Maschinen gerade nach Bekanntgeben des Demontagesbeschlusses mit äußerster Beschleunigung abgebaut wurden. Das Wirtschaftsministerium hatte mitgeteilt, daß mit dem Abbau der beiden Maschinen solange gewartet wird, bis General Bickhoff eine Entscheidung über das Schicksal dieser Maschinen gefaßt hat. Ferngespräche wurden mit der Firma von einer anderen englischen Dienststelle mitgeteilt, daß die Demontage ohne den Einverständnis des Gouverneurs abzuwarten, durchgeführt werden soll. Tatsächlich wird nun demzufolge weiter demontiert. Man kann nicht verstehen, wie sich diese Maßnahmen mit der bekannten Entscheidung über den allgemeinen Demontageschritt für gewisse Anlagen vereinbaren lassen, die einer gemischten alliierten Kommission vorbehalten bleiben sollte.

Marshall-Plan-Kredite der französischen Zone

Der französischen Zone wurden für die ersten 12 Monate des Marshall-Plan-Kredites in Höhe von 12 Mill. Dollar bewilligt und ausbezahlt wurden die Kredite in europäischen Währungen in Höhe von 12,8 Mill. Dollar eingetrufen, und zwar zum Großteil von Großbritannien, Belgien, Holland und Italien. Dafür hat die Zone diesen Ländern einen DM-Betrag von 14,8 Mill. Dollar einbezahlt, zur Verfügung gestellt.

Für die ersten Monate der Laufzeit des Marshall-Plan-Kredites (1. April bis 1. Oktober 1948) erhielt die Zone Kredite in Höhe von 45,7 Mill. Dollar. Der Wert der erstellten Ankaufgenehmigungen erreicht fast die Gesamthöhe dieser Kredite. Nach dem Programm der französischen Zone bringen diese Genehmigungen 51,3 Mill. Dollar wovon 29 Mill. für Nahrungsmittele und 22 Mill. zum Ankauf von Baumwolle und Wolle verwendet werden sollen. Ankaufgenehmigungen liegen ungefähr in der im Plan vorgesehenen Höhe vor, während bisher erst Waren für rd. 21 Mill. Dollar eingetroffen bzw. unterwegs sind.

Kammern für Handelswaren in Süd-Westdeutschland

Tübingen. Mit Wirkung vom 1. Dezember 1948 werden, wie die Futtermittelkammern von Südwestdeutschland mitteilt, die Kammern für Handelswaren bei den Landesgerichten Ravensburg und Tübingen wieder eröffnet werden.

Die Kammern für Handelswaren, die seit dem Zusammenbruch auf Anordnung der Militärregierung geschlossen waren, haben die Aufgabe, über handelsrechtliche Streitigkeiten zu entscheiden. Den Vorfall führen besonders ausgebildete Richter, denen jeweils zwei ehrenamtliche Handelsleute zur Seite stehen, die von der Industrie- und Handelskammer vorgeschlagen werden.

Umfangreiche Holzschlichte

Kehlheim. Im September wurden im Bereich des Rheinisch-Westfälischen Triers 4566 Waggons mit Holz beladen und aufgeführt. Davon gingen 2118 Waggons nach Frankreich. Im August beliefen sich die Zahlen auf 3751 bzw. 1794 Waggons. Gewöhnlich beträgt die Aufuhr im September

mehr die patriotische soziale Gestaltung, sondern die effektive soziale Leistung — die man freilich erst sehr viel später feststellen kann.

Neuzugang der Devisenkontrollen

Nach einer Verordnung des französischen Oberkommandos vom 20. Oktober werden die Forderungen und Schulden der Devisenbesitzer der französischen Zone (Offize des changes) sowie Visa Devisen- und DM-Guthaben ab 1. Oktober auf die gemeinsame Ein- und Ausfuhrliste (JEEA) übertragen, und zwar unter Abzug derjenigen Beträge an Devisen und Franken, die dem französischen Fiskus gehören und sich auf Guthächte beziehen, die für seine Rechnung abgeschlossen wurden.

Es gehen demnach folgende Befugnisse auf die JEEA über:

1. Die Verwaltung der in Deutschland oder im Ausland für den Bedarf der deutschen Wirtschaft eröffneten Konten.
2. Die Verwaltung, der Ankauf, der Verkauf oder Antrags aller ausländischen Devisen oder Edelmetalle in Barren und Münzen, die aus Handels- und Geldgeschäften stammen.
3. Die zur Ausführung der Devisenbewirtschaftungsmaßnahmen, die der französische Oberbefehlshaber verfügt hat, hat diese die bisher für Rechnung des französischen Fiskus vorgenommen und für die Liquidation erforderlichen Geschäfte weiterzuführen.

... und des Außenhandels

Nach einer Verordnung des französischen Oberkommandos sind die dem Oberkommando bisher zuzurechnenden Befugnisse mit Wirkung vom 1. Oktober auf die JEEA übertragen. Das Oberkommando wird durch eine Verfügung des französischen Oberkommandos aufgelöst werden. So dahin hat es seine Geschäfte weiterzuführen.

Nach einer Verordnung des französischen Oberkommandos sind die dem Oberkommando bisher zuzurechnenden Befugnisse mit Wirkung vom 1. Oktober auf die JEEA übertragen. Das Oberkommando wird durch eine Verfügung des französischen Oberkommandos aufgelöst werden. So dahin hat es seine Geschäfte weiterzuführen.

WIRTSCHAFTSREVUE-VERLAG Oskar H. Knechtel, Chemnitz. Chefredakteur Oskar Knechtel, Postfach 100, Chemnitz. Telefon 100. Dr. H. F. Ollig, Baden-Baden. Postfach 100, Baden-Baden. Telefon 100. Dr. H. F. Ollig, Baden-Baden. Postfach 100, Baden-Baden. Telefon 100. Dr. H. F. Ollig, Baden-Baden. Postfach 100, Baden-Baden. Telefon 100.

Die Berechnungsgrundlagen im Lastenausgleich

Eine Erläuterung der Paragraphen — Wann und wieviel ist zu zahlen?

In der vorigen Ausgabe brachten wir einen kurzen Hinweis auf das Sofortgesetz zum Lastenausgleich. Es ist dies ein Gesetzesentwurf mit 34 Paragraphen, der schon eine Reihe von Instanzen durchlaufen hat. Der Verwalter hat ihn bereits verabschiedet, und der Wirtschaftsrat wird sich nun damit befassen. Dann werden die drei Milliardevermehrung ihre Zustimmung geben. Inmitten ist in diesem Falle dafür Sorge zu treffen, daß das Gesetz in allen drei Zonen gleichzeitig in Kraft gesetzt wird. Man hofft an zünftiger Stelle, daß der vorgelegte Gesetzesentwurf noch im letzten Drittel des November 49 in Kraft treten könnte. Da auch wir der Meinung sind, daß das Gesetz in der Form des Entwurfs durchgeht, wollen wir uns hier im einzelnen mit den Vorschriften beschäftigen. Die Berechnungsgrundlagen werden sich kaum mehr ändern, es könnte nur sein, daß von Seiten einer Partei der Versuch gemacht wird, die Prozentsätze für die Vorauszahlungen noch zu erhöhen.

Zunächst sei festgestellt, daß alle Beträge, die aufgrund dieses Gesetzes bezahlt werden, Vorauszahlungen sind auf die Lasten, die aus dem endgültigen Lastenausgleichsgesetz entstehen werden. Das ist wichtig für die Beurteilung dieser Zahlungen vom Standpunkt des Bauern oder Betriebsführers aus. Niemand weiß, wie hoch die endgültige Belastung sein wird. Niemand kann infolgedessen die endgültige Belastung irgendwie in seine Bücher oder Kalkulation einbringen. Es bleibt den Vermögensbestimmern nichts anderes übrig, als diese Vorauszahlungen wie eine neue zusätzliche Vermögenslast zu betrachten, was sie wirtschaftlich gesehen auch ist. Darüber werden wir uns an anderer Stelle noch äußern. Nur eine kleine Besonderheit hat diese neue Steuer: Es ist die rechtliche Möglichkeit vorgesehen, daß sogar schon die Vorauszahlungen und dann später die vollen Lasten nach durchgeführten, Haupt- oder Wertersatzleistungen gutgeschrieben werden können. Die Durchführungsbestimmungen dafür stehen noch nicht im Gesetzesentwurf, aber es werden sicher bald folgen. Vielleicht wird es nötig sein.

Personenkreis

Wer muß nun zahlen? Nach der persönlichen Seite jeder der am Stichtag der Währungsreform Eigentümer von Vermögen war, das diese Belastung unterliegt. Nach der sachlichen Seite hin: Das Vermögen, das dieser neuen Belastung unterliegt, ist 1. das landwirtschaftliche Vermögen, 2. das Grundvermögen und 3. das Betriebsvermögen. Die drei Arten von Vermögen sind im Sinne des Reichsbewertungsgesetzes gemeint. Es sind also etwa ganze Betriebe von Werken, die sonst zu einem Vermögen gerechnet werden, nicht in dieser Aufzählung enthalten. Gerade diese Tatsache ist bei der Struktur dieses Gesetzes besonders zu beachten. Für die Einzelperson bedeutet diese Aufzählung, daß z. B. Geld, Bankguthaben, Aktien, Geschäftsanteile, Wertpapiere usw. (wir kommen darauf noch zurück), nicht zum Vermögen im Sinne dieses Gesetzes gehören. Wer also als Privatmann zu Hause geblieben ist, sei er nun Städter oder Bauer, wird für diese Härte nicht berührt. Auch innerhalb des Betriebsvermögens unterliegen folgende Werte nicht der Vorauszahlungspflicht: Geld, Bankguthaben, Aktien, Geschäftsanteile, Wertpapiere usw. (wir kommen darauf noch zurück).

Schließlich sind von der Vorauszahlungspflicht eine Reihe von juristischen Personen ausgenommen worden: Die Sozialversicherungen, Eisenbahn und Post usw. Wichtig ist hier zur Sache, daß die Vorauszahlungspflicht nicht Personen ausgenommen sind, die nach diesem neuen Gesetz Anspruch auf

Unterstützungen haben. Dabei trägt sich bereits die erste Merkwürdigkeit. Im § 34 heißt es nämlich, daß von den Flüchtlingen, Kriegsschadensopfern und Währungsbeschädigten alle Unterstützung erhalten, soweit sie das 65. Lebensjahr vollendet haben oder dauernd berufsunfähig sind. Entschuldigend ist in diesem Satz das kleine Wort „oder“ hätte es „und“ geheißen, wäre alles klar gewesen. So aber bedeutet dieser Paragraph, daß jeder, der über 65 Jahre alt ist, und einen Kriegsschaden gehabt hat, der Vorauszahlungspflicht nicht mehr unterliegt. Nehmen wir ein paar Beispiele: Herr Müller ist 66 Jahre alt, hat einen Betriebsunfall erlitten, der ihn zum dauerhaften Invaliden machte. Er hat einen Kriegsschaden an einem ihm gehörigen Mietshaus; dieser Herr Müller ist frei von der Vorauszahlungspflicht. Herr Schulze ist Ostflüchtling und 49 Jahre alt, hat aber in Westdeutschland größere Vermögen. Herr Schulze wird mit diesem Vermögen nicht vorauszahlungspflichtig. Dagegen ist sein 3 Jahre jüngerer Bruder vorauszahlungspflichtig.

Bewertung

Nachdem der Personenkreis klar ist, der zahlen muß, wollen wir nun sehen, wie das Vermögen zu bewerten ist. Die Belastung erfolgt in einem Prozentsatz zum Vermögen. Vor allem müssen die Vermögensbestimmern wissen, daß für das hier besprochene Gesetz wieder andere Zusammenstellungen und Bewertungsgrundlagen aufgestellt sind wie für die Vermögenssteuer oder die Berechnung der Einkommensteuer. Das liegt im Sinne des Gesetzes, das ja nur einen ganz bestimmten Vermögensgegenstand erfassen will.

Maßgebend sind die Verhältnisse am Währungsstichtag. Wer Vermögensgegenstände ausgetauscht werden ist, weicht dieser Wert, wenn man ihn auf die Verhältnisse am Währungsstichtag abteilt, um mehr als 10% von dem bei der Vermögenssteuer angesetztem Wert ab, oder war der Eigentümer des Grundbesitzes nicht zur Vermögenssteuer veranlagt, dann muß ein Wert neu festgestellt werden, der aber nach den Grundsätzen der Vermögenssteueranmeldung und dem Stand am Währungsstichtag aufgestellt wird. Sind die Gebäude auf einem Grundstück völlig zerstört, dann werden nur 50% des Wertes angesetzt, mit dem Grund und Boden bei der Einheitsbewertung 1933 als unbebautes Grundstück zu bewerten gewesen wären. Sind die Trümmer noch nicht beseitigt, dann werden diese Grundstücke überhaupt nicht bewertet. Die üblichen Trümmergrundstücke in unseren Städten werden also für die Vorauszahlungen nicht herangezogen. Das ist bereits ein erheblicher Fortschritt. Das gleiche kann man für die Regelung bei den Kabinen sagen. Bei ihnen werden nur 15% des Einheitswertes angesetzt, wenn sie am Währungsstichtag noch nicht aufgegeben sind, noch eine Milderung muß erreicht werden: Ist ein Grundstück als unbebautes Grundstück mit dem gemeinen Wert bewertet worden, dann werden nur 50% dieses Wertes in Ansatz gebracht.

Betriebsvermögen

Nun kommen wir zum Betriebsvermögen. Darauf müssen wir genauer eingehen, weil nach § 20 des neuen Gesetzes alle Vorauszahlungspflichtigen, soweit sie Vermögenssteuer zu entrichten haben, selbst zu berechnen haben, was sie an Vorauszahlungen schulden. Man kann also nicht auf einen Bescheid vom Finanzamt warten. Das würde auch gar nicht gehen; denn der Entwurf sieht die erste Vorauszahlung bereits für den 13. Dezember vor und das Gesetz ist noch nicht in Kraft! Es ist daher ratsam, jetzt sofort an die Berechnung zu gehen.

Das Betriebsvermögen setzt sich für dieses Gesetz wieder anders zusammen, als in den Aufstellungen oder Bilanzen, die zum Stichtag der Währungsreform gemacht worden mußten, und doch muß man auf diese Werte zurückgreifen. Die Betriebsgrundstücke sind mit dem Einheitswert anzusetzen, der auf den letzten vor dem Währungsstichtag festgestellten Feststellungspunkt festgelegt wurde. Das gleiche gilt für die übrigen Anlagevermögen. Ist der Betrieb in der Zeit vom 1. Januar bis zum 30. Juni 1948 gegründet worden, dann muß ein Wert genommen werden, der auf den Tag vor dem Währungsstichtag in der Schuldvermögensbilanz aufgeführt wurde. Nun kommt aber eine sehr wichtige Bestimmung: Überhöhung der Anschaffungskosten oder Herstellungskosten bleiben außer Ansatz. Das ist ein Entgegenkommen des Gesetzgebers; denn bei der Berechnung der Einkommensteuer wurden bei ordnungsgemäß aufgestellten Quittungen solche überhöhten Anschaffungskosten berücksichtigt. Bei dem neuen Gesetz wären sie nun wieder eine sehr starke Belastung gewesen, nämlich dieses neue Gesetz im Prinzip vom RM-Wert auszugehen. Also muß braucht eine zu RM 1000 gekaufte Schweißmaschine nicht mit diesem Wert anzusetzen, sondern mit einem normalen, die Abnutzung berücksichtigenden Wert.

Allgemeine Vorauszahlungen

Der hier zu besprechende Gesetzesentwurf sieht zwei verschiedene Arten von Vorauszahlungen vor. 1. Die allgemeine Vorauszahlung und 2. die Sonderverauszahlung. Alles, was wir bisher beschrieben haben, gilt für die allgemeine Vorauszahlung. Diese beträgt nämlich 2% des Wertes des gesamten, oben beschriebenen Vermögens. Dieser Satz halbiert sich, beträgt also nur 1%, wenn der Vorauszahlungspflichtige 1. ein Währungsstichtag über 60 Jahre alt und vorauszahlungspflichtig für mindestens 3 Jahre erwerbsunfähig ist, 2. wenn das Einkommen im letzten halben Jahr 1948 nicht höher als 100 DM war und 3. das gesamte vorauszahlungspflichtige Vermögen nicht mehr als 10.000 DM beträgt; alle diese drei Voraussetzungen müssen zusammenfallen, wenn der Satz auf 1% gesenkt wird. Diese Voraussetzungen sollen zum 1. Februar 1949, beginnend am 15. November, dann am 15. Februar, 15. Mai und 15. August eines jeden Jahres zu gelten sein. Da wir heute schon den 12. haben und das Gesetz noch nicht in Kraft ist, hat man dem Gesetzesentwurf gleich einen Anfang beigefügt, daß die erste Vorauszahlung erst am 15. Dezember 1948 zu entrichten ist. Vorauszahlungspflichtig ist keine Vermögenssteuer zu leisten haben oder hauptsächlich fortwirtschaftliches Vermögen besitzen. In der ersten Vorauszahlung erst am 10. Februar 1949, allerdings dann nur der Hälfte des Jahresbetrags, entrichten.

Vorratsvermögen

Nun kommt ein neues Wort, Vorratsvermögen. Darunter versteht der Gesetzgeber Waren, Fertigfabrikate, Halbfabrikate, Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, ferner Forderungen aus Anzahlungen für noch zu bewerkstellende Lieferungen (allerdings nur soweit nicht vom Rücktrittrecht aus dem Umsatzsteuergesetz Gebrauch gemacht wurde). Von diesem Vorratsvermögen sind nur die Verbindlichkeiten aus Anzahlungen abzuziehen. Zu bewerten ist dieses Vorratsvermögen nun nach seinem Stand am Währungsstichtag und nach dem Wert, mit dem es in der Schuldvermögensbilanz aufgestellt worden muß, angesetzt worden ist. Viel neue Arbeit bei der Berechnung hat man also nicht, immerhin muß berücksichtigt werden, daß weder Wechsel, die man im Besitz hat, noch das bare Geld, noch Aktien oder andere Wertpapiere eingeschrieben werden. Von den Verbindlichkeiten werden nur die Forderungen in ausländischer Währung dazu gerechnet und zwar mit ihrem Wert am Währungsstichtag.

Das übrige Umlaufvermögen wird wie das Vorratsvermögen bewertet, wobei, wie gesagt, Überhöhungen der Anschaffungs- oder Herstellungskosten außer Ansatz bleiben. Auch ständige Debitoren, Bankguthaben, Kreditoren usw. bleiben für die Berechnung dieses Lastenausgleichsvorratsvermögens außer Ansatz. Abzugspflichtig sind nur Schulden in ausländischer Währung und folgende Verbindlichkeiten, soweit sie mit dem Betriebsvermögen in wirtschaftlichem Zusammenhang stehen: Besondere Verbindlichkeiten und Verbindlichkeiten aus Anzahlungen für noch zu bewerkstellende Lieferungen und Leistungen. Maßgebend dafür ist der Stand am Währungsstichtag, allerdings unter Berücksichtigung der ausgetauten Rücktrittsrechte.

von dieser neuen Belastung unterworfen sind, sondern nur dann, wenn der Wert des gesamten abgrenzten vorauszahlungspflichtigen Vermögens den Betrag von 3000 DM übersteigt. Diese Besteuerungsgrenze gilt nur für natürliche Personen. Betriebe mit weniger als 3000 DM fallen unter das Gesetz.

Sonderverauszahlung

Nun kommt aber dazu noch die erwähnte Sonderverauszahlung. Für sie gelten wieder andere Bestimmungen. Ihr ist nämlich nur das zum Betriebs-

vermögen gehörende Vorratsvermögen unterworfen. Was unter Vorratsvermögen zu verstehen ist, haben wir ausführlich auseinandergesetzt. Auch hier gibt es eine Besteuerungsgrenze: Die Sonderverauszahlung wird nur erhoben, wenn der Wert des Vorratsvermögens den Betrag von 500 DM übersteigt. Der Satz der Sonderverauszahlung beträgt 25%, und diese Sonderverauszahlung ist mit ihrem vollen Betrag am 15. Januar 1949 zu entrichten.

Meldungen an das Finanzamt

Wir deuteten schon an, daß die Vorauszahlungspflichtigen, die Vermögensbestimmern für dieses Gesetz selbst zu berechnen haben. Außerdem müssen sie bis zum 15. Dezember 1948 den Bestand und den Wert ihres vorauszahlungspflichtigen Vermögens angeben, das sie der an diesem Tage fälligen Vorauszahlung zugrunde gelegt haben. Es ist also wieder einmal eine Bestandsaufnahme mit Bewertung beim Finanzamt einzureichen, jedoch unter Umständen nicht die einzige.

Übergangsverordnungen

Als man diesen Gesetzesentwurf machte, war man der Hoffnung, man könne ihn bis Ende Oktober durch. Da dies aber nicht gelungen ist, mußte man, wie wir eben schon sahen, bereits die ersten Zahlungstermine verschieben und man mußte weitere technische Milderungen einfügen. Ein solches Einschleichen bedeutet die Bestimmung, daß bei der Errechnung des Betriebsvermögens für die erste Vorauszahlung am 15. Dezember wie folgt verfahren werden darf: Man kann Forderungen und Schulden völlig außer Betracht lassen (eine solche Bestimmung hätten wir auch gern im Gesetzesentwurf gesehen) und das Vorratsvermögen kann statt nach den oben erwähnten Vorschriften des Gesetzes einfach mit den Werten angesetzt werden, mit denen es in dem Einheitswert enthalten ist, der bei dem letzten Feststellungspunkt vor der Währungsreform festgelegt wurde.

Macht man aber von dieser Erleichterung Gebrauch, dann muß man vom 1. bis zum 15. Januar 1949 den Bestand und den Wert des Vorratsvermögens, das der Sonderverauszahlung zugrunde gelegt wurde, sowie bis zum 10. Februar

1949 den Bestand und den Wert des gesamten vorauszahlungspflichtigen Vermögens angeben. Außerdem muß selbstverständlich bei der Vorauszahlung am 15. Febr. 1949 ein eventuell notwendig gewordener Ausgleich bezahlt werden. Die erwähnte Milderung gilt ja nur für die erste Vorauszahlung. Für die zweite gilt das Gesetz und die Vorschriften, die wir oben besprochen haben.

Meldung ohne Vermögenssteuerpflicht

Wenn nun der Vorauszahlungspflichtige keine Vermögenssteuer entrichtet, dann muß er bis zum 15. Januar 1949 den Bestand und den Wert des Vorratsvermögens dem zuständigen Finanzamt mitteilen, an dem Tag, an dem er die Sonderverauszahlung entrichten muß. Hat er kein Vorratsvermögen, braucht er selbstverständlich diese Aufzählung nicht zu machen. Über das den allgemeinen Vorauszahlungen unterliegende Vermögen braucht der nicht Vermögenssteuerpflichtige vorläufig keine Angaben an das Finanzamt zu machen; das zuständige Finanzamt wird dafür noch einen Zeitpunkt bestimmen. Außerdem erhalten diese Personen über die Höhe ihrer Vorauszahlungsschuld einen Bescheid. Selbstverständlich steht aber dann doch der Vorbehalt im Gesetz, daß die zur Erhebung dieses Bescheides haben, die Vorauszahlungen auf Grund der von ihnen gemachten Mitteilung über ihr vorauszahlungspflichtiges Vermögen zu bemessen. Dieser Satz ist völlig unverändert, denn Nichtvermögenssteuerpflichtige und nicht Vorratsvermögen besitzende Personen haben nach den Vorschriften dieses Gesetzes keine terminmäßig angegebene Verpflichtung zur Abgabe einer Mitteilung an das Finanzamt.

Da dieses Gesetz nur ein Sofortprogramm darstellt und nicht das endgültige Lastenausgleichsgesetz, hat man auch auf echte Rechtsmittel verzichtet. Gegen Verfügungen des Finanzamts gibt es nur die Beschwerde nach der Rechtsabteilung an die dem Finanzamt vorgesetzte Behörde. Diese entscheidet endgültig.

Bei der steuerlichen Ermittlung des Einkommens und des Gewerbeertrags ist die Sonderverauszahlung nicht abzugsfähig. Dagegen können von den allgemeinen Vorauszahlungen 1/2 in Abzug gebracht werden.

Ein gefährlicher Weg

Kapital wird in Kaufkraft aufgelöst

darauf einzusparen, wollen wir jetzt fragen, ob wenigstens der Zweck des Lastenausgleichs, so wie er zur Begründung der ganzen Aktion von den Politikern aller Richtungen vorgetragen wird, auf die Art erreicht werden kann, die man aus dem Entwurf zum Sofortprogramm erkennen kann. Der Zweck sollte sein, zumindest eine relative Gleichheit der Belastung der Klassen für alle Besitzer irgendwelchen Eigentums herzustellen, nachdem die Kriegsergebnisse mit ihren Zufällen eine gewaltige und oft auch herzerweichende Ungleichheit geschaffen hatten. An und für sich ist das schon ein sehr gewisses und bodenkühles Unternehmen — wir sprechen hier keineswegs von Moralischen —, weil ein solches Konkurrenzverfahren, bei der hohen Zahl der Ansprüche und dem niedrigen Gesamtvermögen, das zur Verfügung steht, eine ungeheure Zersplitterung des Volkvermögens hervorgerufen müßte, die volkswirtschaftlich von schweren Folgen begleitet sein müßte. Es wird jedem einleuchten, daß vom Standpunkt einer Volkswirtschaft ein sehr großer Unterschied besteht, ob ein Mann 10.000 Mark besitzt oder ob zehn Männer je 1000 Mark besitzen. Denn eine wird dieses Geld verwenden, um ein Geschäft zu betreiben, er wird es zumind. in eine Bank oder Sparkasse legen, die es einem anderen zum Zweck einer Produktion, zur Anschaffung einer Maschine usw. zur Verfügung stellt. Von dem zehn aber werden zumindest sieben, vielleicht aber auch neun ihre 1000 Mark zum Leben verbrauchen. Das Geld wird also in dem einen Fall der Gütererzeugung, im anderen dem Güterverbrauch zugeführt. Auf diese Weise wird aus Kapital — und Kapital ist volkswirtschaftlich gesehen, nicht irgendeine verworfene Angelegenheit, sondern einfach die Ausprägung der Wirtschaft mit Produktionsanlagen, Gebäuden, Maschinen, Transportmitteln, kurz alles, was Arbeitstätigkeit bietet — auf diese Weise, sagen wird, wird aus Kapital Geld. Geld, das man in der Tasche trägt und das, als Kaufkraft, nur Ansprüche an die Produktion stellt, aber nichts zu ihr beiträgt.

Inmitten würde ein solches Neuaufstellungsverfahren durchgeführt, so könnte doch ein Teil des Kapitals Kapital bleiben, nur eben vieles davon bei neuen Besitzern. Aus dem jetzt noch vorhandenen Sofortprogramm ist aber ersichtlich, daß es gar nicht die Absicht des Gesetzgebers ist, eine solche Neuverteilung vorzunehmen, bei der von dem Anteil des noch vorhandenen Volkvermögens, der der Neuverteilung unterliegt, immerhin wieder ein Teil Kapital bleiben, d. h. an der Produktion des Landes mitarbeiten würde. Vielmehr bestimmt das Gesetz gleich ausdrücklich, daß das der Ableitung unterliegenden Vermögen nicht mehr der Produktion, sondern dem Verbrauch zugeführt ist. Im Westlichen sollen nämlich aus dem Ertrag der Abfertigung Renten an Arbeitsunfähige gezahlt werden, das ist gewiß das Gegenteil von Produktion.

Man wird vielleicht einwenden, daß der Lastenausgleich ja nur Geld verleiht und daß die Produktionsanlagen ja überall bestehen bleiben und weiterarbeiten können. Aber das ist nur ein Trugschluß. Würde man den ganzen Lastenausgleich auf einen Schlag durchführen, dann würde sich das augenblick-

lich durch Überfremdung und Zusammenbruch. Da man das aber nicht kann, sondern ein Programm auf viele Jahre machen muß, so bleiben zwar die Betriebe bestehen, aber sie können ihre Anlagen nicht mehr erneuern und modernisieren. Es findet also ein langsamer, aber sicherer Abbau der Produktionsanlagen statt, wenn die sogenannte Kapitalernte vorliegt bzw. mehr für den Lastenausgleich abgeführt werden muß als verbleiben werden kann. Von der Schwächung und Limitierung des Betriebsvermögens gar nicht zu reden. Und hier liegt ganz abgesehen immer von Moralischen, die ganz große Gefahr, die droht, wenn die jetzt möglichen radikal vorgeschritten werden, vielleicht erst erkennen werden, wenn ein großer Teil des Schatzes bereits eingetrufen ist. Dieser Schaden aber wird niemand unversehentlich mitbringen. Denn wenn an der Produktion gekürzt sollte, den Lastenausgleich aus Betriebsvermögen schließlich zu tragen, dann werden die Radikalen sofort schreien: So, wie es nicht gemeint, wir wollen unser Eigentum haben! und es wird eine neue Kampagne losgehen. Kann der Lastenausgleich aber nicht als Betriebsvermögen gezahlt werden, so werden nicht irgendwelche imaginäre Konten der verdammten Wirtschaft und Kompanisabnahme, sondern Maschinen und andere Produktionsmittel, unversehentlich in einen Liquidationsprozeß durch Nichterneuerung eintreten, gegen den, auf die Dauer gesehen, die Demontage vielleicht ein Kinderspiel gewesen sein werden. Der Zusammenhang zwischen der alsbald kommenden Forderung nach „echtem“ Lastenausgleich — im Gegensatz zu dem aus dem Ertragsanteil der Produktion herausgewirtschafteten — und dem Abbau der Kapitalleistung der deutschen Wirtschaft scheint ziemlich inseparbar zu sein. Es ist eine immense Gefahr.

Die Lösung dieses Rätsels ist die: Soziale Fürsorgemaßnahmen, die der Finanzierung des Verbrauchs einer Bevölkerungsgruppe dienen, können nicht aus dem Vermögen bezahlt werden, sondern nur aus dem Einkommen. Infolgedessen kann der Staat sie nicht aus einer Vermögensverabschiedung decken, sondern nur aus dem Steuereinkommen. Die Forderung für die Alten und Arbeitsunfähigen, kann für ein Personenkreis, der im Sofortprogramm als Empfänger von Lastenausgleichsbeträgen definiert ist, in Aufgabe der Länder und Gemeinden aus Steuermitteln, selbstverständlich haben die Alten und Arbeitsunfähigen den Anspruch auf Unterhalt. Aber der Aufwand, der dafür nötig ist, muß von der Volkswirtschaft verdient, erarbeitet werden, er kann nicht durch Liquidation des Volkvermögens aufgebracht werden. Daß die Länder ihre Soziallasten gerne abwälzen und der Ausgleichsrente ausüben möchten, ist an sich begrifflich, aber es ist volkswirtschaftlich unzulässig. Wenn die bei diesen heutigen Steuermaßnahmen die Soziallasten nicht tragen zu können glauben, dann müssen sie andere Ausgaben solange vermindern oder ihre Einnahmen steigern, bis sie es können. Was hier aber geplant ist, das scheint demselben zu sein, wie wenn einer die Kuh schlachtet, deren Milch er braucht, und sich von Erlös ein paar Büchsen Schweizer Kondensmilch kauft.

Am Ausguck: Bruch in der Chinesischen Mauer

Die großen Feiern und Bankette der siegesbringer Republikaner, die in dieser Woche hätten stattfinden sollen, müssen abgeblasen werden. Die Dankreden und Redenreden werden aus, Herr Chiang hat sich zurückgezogen. Der korrekte Höflichkeit und die Mann von Mitterand, der als Präsident abgewählt zu haben scheint, ist erneut in die Hände Amerikas, besetzt werden. Zudem brachte Truman Erfolg eine neue Zusammenkunft des Kongresses und gab den Demokraten in beiden Kammern, im Repräsentantenhaus und im Senat, eine sichere Mehrheit. Man darf diese Ereignisse wohl damit auslegen, daß die amerikanische Volk den hinter von Truman und Marshall präsentierten Kernen und außenpolitischen Kurs im großen und ganzen billigt. Es erwies sich, daß selbst die modernsten Mittel der Psychologie nicht instande waren, bis in die geheimsten Herkammern der kleinen Mannes, der Arbeiter, der „welt weiter“, des Angestellten, des kleinen Beamten und Handwerkers und vor allem der Gewerkschaften, vorzudringen, daß die menschliche Seele im Grunde eben doch unentbehrlich und unzerstörbar ist und bleibt.

Das demokratische „Erdbeben“ war falsch. Es falsch erwies sich aber auch die Version jener Amerikaner, die es als vornehm erachteten, die legende Teilnahmsloskeits im letzten Satz schwören zu lassen, weil er — bewußt, wie in amerikanischen Linkskreisen behauptet wurde — seinen Krieg gegen die Kommunisten fortsetze und sich von ihrer Handlung-

keit nicht überlassen lassen wolle. Wo es um die korrupte und reformbedürftige Kommunisten-Regierung auch besetzt sein mag, die sehr gereizte Hilfsbereitschaft der USA gegenüber den immer dringender werdenden Hilferufen des chinesischen Marschalls hat nun zur Folge gehabt, daß die roten Armeen die ganze Mandchurien beherrschen und ihnen der Weg nach Peking offen steht.

Wie schwer der Nachkrieg auf Europa lastet, wissen wir zur Genüge. Aber in China steht es noch weit schlimmer. Dort hat der Krieg lange vor dem Ausbruch in Europa begonnen und dort hat jetzt der kommunistische Sieg in der Mandchurien mit einem Schlage das Schicksal des 400-Millionenreichen in Frage gestellt. Denn ein Zeichen und ein Hinweis dafür, was in ganz China geschehen kann, wenn die Entwicklung in weiterläufig, wie sie bisher abgelaufen ist.

Die Welt ist alarmiert über diese Entwicklung, die der Krieg in China genommen hat. Heute handelt es sich nicht mehr um den Verlust von Millionen, auch nicht um den der Mandchurien, sondern darum, wie das übrige Nordchina von der Oberflutung durch die kommunistischen Armeen nicht bewahrt werden kann. Denn seit dem Fall von Münden fallen die chinesischen Kommunisten ihren Vormarsch gegen die Provinz Hunan mit dem Ziel einer Umfassung der Regierungstruppen, und anschließend gleichzeitig gegen Nanking. Kein Geistesgenie als Marshall Teilnahmsloskeits, der un-

mittelbar nach dem Fall von Münden seinen Kriegskrieg einberief und bei dieser Gelegenheit ein Abwehr RM der Lage China gab, meinte, wenn Nordchina nicht gehalten werden könne, werde es auch kein unabhängiges Korea mehr geben. Gewiß, die Geschichte wiederholt sich nicht. Aber es ist unheimlich, zu sehen, wie welche gewaltigen Vorgänge in der Geschichte Parallelen bestehen. So erleben wir heute an der chinesischen Tagesidee, die für die USA unter dem Zeichen des „New Deal“ stehen scheint, eine Entwicklung, die erschreckend mit jener verglichen werden kann, wie wir sie augenblicklich in Europa erleben. Wohl scheint jetzt nach der Wiederwahl Truman die Idee der Nordatlantik-Union mit dem Einverständnis energiegelad aufgetrieben zu werden, um die strategische Weltstandlage im Westen zu verfestigen. Aber das Problem Berlin bleibt weiterhin in der Schwere und dringende ist ein Zeichen der Entspannung. Während die Lage in Westdeutschland immer problematischer wird, verdrängt die Russen in der Ostzone, nach dem Ausmarsch der polnischen Gendarmen, die Schwärze der Bestände an Mannschaften und Waffen der Polnischen Armee, die nicht von Posen oder Siedlitz, sondern von Generalstab Vlasov Müller geführt wird, einen Massen, der vor allem in Afrika-Feldzug durch fünf geflügelte Panzerdivisionen bekannt geworden ist.

Die erste Feststellung, die dem Schicksal die Nachricht vom Bruch der Chinesischen Mauer folgte, ist: Nur die USA können das Land noch retten! Truman muß neue Mittel und Wege suchen, um die Stürme zu stemmen, die gegen die pazifische Front der Vereinigten Staaten branden. Damit aber erhält die Anwesen-

heit der Amerikaner auf Japan und in Korea eine neue Bedeutung. Schon werden in den USA die Stimmen über Japan lauter zu werden. Das Interesse konzentriert sich immer mehr auf den alten Gegner, den man nun zum Freund haben möchte. Für den Fall, daß der alte Freund zu einem neuen Gegner werden sollte. Damit sind aber die außenpolitischen Aufgaben, denen der Präsident der Vereinigten Staaten nach einer Rückkehr ins Weiße Haus gegenübersteht, keineswegs leichter geworden.

Während im Fernen Osten Korruption, Wirtschaft und Machtlosigkeit das Reich der Mitte den Kommunisten anfallen, schreitet die Komintern in Europa nicht davor zurück, nationales Eigentum zugrunde gehen zu lassen, nur um die Macht zu demonstrieren. Die französische Regierung hat zwar in der Bekämpfung der Straße eine beachtliche Energie entwickelt, aber es scheint der kommunistischen Direkt-Hydra immer vor einen Kopf auszuwachsen. Was die Fronten von der kommunistischen Zermürbungspolitik haben, haben die Wahlen für den Rat der Republik gezeigt. Ihr Ergebnis wird nicht ohne Einfluß auf die weitere Politik des Landes sein. Aber jeder, der die Dinge richtig sieht, wird sagen müssen, daß trotz des überwältigenden Sieges von General de Gaulle die Schwierigkeiten noch keineswegs beseitigt sind. Frankreich steht vor dem Anfang eines Winters, den es ohne Gefahr vorüberdauern kann, wenn es mit kluger und sicherer Hand geführt wird. Nur dann wird es möglich, daß die amerikanischen Kredite ins Land fließen, die für die Existenz Frankreichs ebenso eine Lebensfrage sind, wie die pazifische Front der Vereinigten Staaten branden. Damit aber erhält die Anwesen-

Wir greifen auf:

Wieder: seltsame Kreditwege

Schon wieder müssen wir uns mit seltsamen Neuerschöpfungen auf dem Gebiete des Kredits in Deutschland beschäftigen. Unsere Gläubiger-Kredit auf Abwegen? In Nummer 40 werden unsere Leser noch nicht vergessen haben und schon tauchen Projekte auf, die sogar schon Hand und Fuß bekommen haben. Die Eisenbahn pumpt bei der Post. Daß die Eisenbahn kreditbedürftig ist, haben wir schon oft melden können. Wir haben dabei aber nicht an langfristigen Kapitalbedarf gedacht. Jetzt heißt es, daß die Eisenbahn der Doppeltrasse bei der Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen einen Betriebskredit von 70 Mill. DM abgeschlossen habe (übrigens hat die Eisenbahnverwaltung der französischen Zone schon vor einiger Zeit bei der Oberpostdirektion in Neustadt a. d. Haardt einen Kredit von 10 Mill. DM aufgenommen).

Was uns an diesen Verhandlungen wundert, ist zweierlei. 1. Hat die Eisenbahn die Güterartikler erhöht und in letzter Zeit in Veröffentlichungen erklärt, daß die Einnahmen aus dem Fernverkehr zugenommen hätten. Wenn braucht die Eisenbahn also einen Betriebskredit? Außerdem enthält sie jetzt durchschnittlich 8-10% ihres Personals, spart also wiederum Geld. Es ist allerdings richtig, daß die Eisenbahn neuerdings ihre Kohlen auf Wechsel kauft — immerhin auch ein Novum in der Betriebsfinanzierung der Eisenbahn. 2. Ist denn nun die Post a) überhaupt eine Bank, b) eine Spezialbank für die Eisenbahn? Das gewöhnliche deutsche Volk könnte sich zudem fragen: Warum senkt die Post die Gebühren nicht, wenn sie doch so viel Geld hat, daß sie der Eisenbahn etwas leisten kann? Jedoch ist das nur das dumme Volk, das so fragt. Und dieses Volk ist daran gewöhnt, daß die Postgebühren festgesetzt werden, und dabei bleibt es.

Wir Wirtschaftler können diese neue Finanzierungstechnik noch aus einem anderen Grunde nicht begreifen. Wenn man sich nun schon so tief in die kaufmännischen Gefügestiefen herabläßt, daß man Wechsel quer schreibt, dann wäre es doch vielleicht kaufmännischer gewesen, sich für einen Betriebskredit eine Bank auszusuchen, und wir erinnern uns dunkel, daß die Eisenbahn ja eine eigene Bank gehabt hat. Die Verkehrsbank.

Wir sind skeptisch geworden. Wir können uns nicht erklären, daß die Ertausstattung aus der Währungsreform schon ganz verdrückt ist und die aufsteigenden Zahlen bei der Eisenbahn nicht dazu beitragen könnten, ohne Betriebskredit und ohne Wechselfinanzierung auszukommen. Wir würden es begrüßen, wenn die Eisenbahnen einmal nicht nur technische Ziffern über Gütertransportleistung, sondern einmal wirtschaftliche Zahlen über Einnahmen und Ausgaben veröffentlichte.

Verfrühtes Weihnachtsgeschenk

Festentzschelchen fliegen, Generalstreiks drohen, weil die Preise strömen. Wucherpreise werden geschaffen, man beschimpft die Händler und die Industriellen, daß sie hetzen — und da geht eine Wirtschaftsgruppe (fast hätten wir im 3. Reich gesagt) hin und regt an, man solle ein Einigungsamt errichten, das sich einmischen habe, wo unzulässiger Wettbewerb auftritt. 12 der Meldung, die uns darüber vorliegt, heißt es sogar, daß noch vor Weihnachten ein solches Schiedsgericht errichtet werde. Auf das Weihnachtsgeschenk wird sich die deutsche Wirtschaft am allermeisten freuen. Es ist gerade das, was wir jetzt dringend brauchen.

Hat man schon in guten Zeiten mit ausreichender Konkurrenz beschäftigte Betriebe gegenüber dem Kampf gegen unzulässigen Wettbewerb gehabt, heute ist diese Skepsis noch berechtigt. Leider sind wir nicht einmal in Verlegenheit, darüber viel nachzudenken, weil immer noch der Wucherer größer ist als die Menge der zur Verfügung stehenden Waren. Aber selbst wenn einmal wirklich wieder Konkurrenz einsetzt und genügend Ware vorhanden ist, können wir uns in Deutschland keinen Kampf gegen den unzulässigen Wettbewerb leisten. Wenn wir überhaupt einmal Aussicht haben, wieder von unseren hohen Preisen heranzukommen, dann nur durch stärksten Wettbewerb. Wir können noch die seltsamen Entscheidungen, die solche Schiedsgerichte gefällt haben, die Methoden, mit denen man unerwünschte Konkurrenten tot machte usw.

Aber wozu jetzt schon darüber reden. Vielleicht ist in einem Jahr mehr Gelegenheit dazu. Wir wollen nur auf das Weihnachtsgeschenk aufmerksam machen. Das tut man ja eigentlich nicht, aber in diesem Falle war es notwendig, denn sonst wäre die Überrechnung für die Wirtschaft zu groß gewesen.

Schweinemord — Schweinemast

In Januar dieses Jahres bestand noch in Deutschland die Tendenz, Schweine zu morden. Man reichte wieder einmal vor, wie unrationell der Umweg über den Viehmarkt sei und erinnerte sich, womit im Dritten Reich der Schweinemord begründet wurde.

Jetzt ist es wieder umgekehrt. In einem Aufruf der Verwaltung für Ernährung und Landwirtschaft werden die Bauern der Doppeltrasse zur Schweinemast angeregt: „Wer einen Schweinemastvertrag abschließt, erhält 250 kg Futtermittel zum Preise von 17 DM je 100 kg und 45 kg Elweikonzentrat. Dieses Preis sich nach dem Elweikonzentrat richtet.“ Als Futtermittel wird Milchkorn geliefert. Auch für be-

Aus der deutschen Wirtschaft

Französische Zone

Auf einer Tagung des badiischen Fremdenverkehrsverbandes, Landwirtschaftsministerium amnestiert, Viehhändlern von außerhalb des Landesgebietes den Zutritt zu den Höfen und Stallungen zu gestatten.

Die dreijährige Zuckerrüben-Ernte in Rheinhessen ist qualitativ gut ausgefallen. Schon seit 14 Tagen werden auf den rheinhessischen Bahnhöfen, Rüben nach den Zuckerfabriken Worms oder Neu-Offheim verfrachtet. Allein im Bahnhof Eppelheim werden täglich zwischen 15 und 20 Waggons verladen. Die Gemeinde hat den zweitgrößten Zuckerrübenhof in Rheinhessen.

Die optische Industrie in Bad Kreuznach stellt in zunehmendem Maße Brillengläser und Brillengestelle her. Die optische Fabrik Dr. Heinz Schneider produziert bereits 240 verschiedene Arten (darunter Spezialkonstruktion) von Ausgüßgläsern.

Das Gelatine-Werk Ewald in Oberhelmling, eine der größten deutschen Gelatine-Fabriken, leidet noch sehr unter Rohstoffmangel, da die Einfuhr aus dem Ausland fehlen. Die Kapazität des Werkes wird nur zu 25% ausgenutzt.

Die Drahtwerke in Waldbrunn haben Schwierigkeiten in der Rohstoffbeschaffung, da der früher aus dem Saarland bezogene, Waldraht fehlt. Ein entsprechender Liefervertrag mit dem Saarland konnte bisher noch nicht abgeschlossen werden. Lieferungen von der Ruhr werden aber erwartet. Die Kapazität des Werkes ist nur zu einem geringen Teil ausgenutzt.

Die Wäsche- und Textilfabrik „Kämerer“ vorm. Ring, die 1947 ihren Betrieb nach Ertrich verlegt hatte, hat seit einigen Tagen ihre Produktion wieder in Kaiserslautern aufgenommen.

Die zum Erscheinen des neuen Haushaltsbuches-Erlasses ist in Rheinland-Pfalz der Haushaltsbucherlaß 1947/48 maßgebend. Danach sind bei Gruppe a) (Landwirte) Schlachtungen von Schweinen unter 125 kg, bei Gruppe b) (Teilhaberbetriebe) unter 100 kg Lebergewicht grundsätzlich verboten und strafbar.

Amerikanische Zone

Das Gewerbe-Zulassungsgesetz ist nunmehr endgültig abgelehnt, da nach Ansicht der Militärregierung einer etwaigen zentralen Regelung durch den Bundesrat nicht vorgegriffen werden sollte. Die Tendenz der Besatzmächte geht allerdings dahin, weitgehende Lockerungen in der Gewerbezulassung einzuführen und dem freien Wettbewerb mehr Spielraum zu lassen. Für Bayern heißt nach wie vor bis zum 31. Dezember 1948 das bayerische Lizenzierungsgesetz von 1944 in Kraft.

Mit Wirkung vom 1. Dezember haben die Militärregierungen eine Bestimmung des internationalen Transitverkehrs durch die Doppeltrasse mit einer besonderen Steuer genehmigt, die dazu bestimmt ist, Westdeutsche für die Benutzung ihrer Autobahnen und Straßen durch den internationalen Verkehr zu entschädigen. Die Steuer beträgt 3,00 DM pro 1 für jeden in der Doppeltrasse durchgeführten km für den Personen-Transportverkehr 3,00 DM pro Person und km, und eine DM täglich pro Wagen.

Die Strom-Versorgung in Württemberg-Baden mit dem Anstieg der Produktion nach der Währungsreform, nicht Schritt halten konnte, müssen nach anfänglichen Einschränkungen der Industrie im September nun auch weitere Kreise der Stromabnehmer ihre Stromentnahme auf

den Stand von August dieses Jahres beschränken.

Die regelmäßige Witterung der vergangenen 14 Wochen verspricht ein günstiges Abfließen des Rheinwasserspiegels, so daß der Normalpegelstand in Bingen um 20 Zentimeter unterschritten wurde. Die Ladefähigkeit der Rheinschiffe dürfte dementsprechend herabgesetzt werden.

Die Brotversorgung der Großstädte ist, wie wir von Getreidewirtschaftsverband in Bayern erfahren, vorerst in Bayern gesichert. Ernste Schwierigkeiten in der Brotversorgung sind nach Mitteilung des Getreidewirtschaftsverbandes erst dann zu erwarten, wenn es nicht gelingt, die Bauern zur restlosen Abkärung des Getreides zu zwingen.

Zu dem Erscheinen der Verwaltung für Wirtschaft, die Aluminiumproduktion weiterhin in großindustrieller Umgebung aufzubehalten, da Kanada und Norwegen Aluminium-Lieferungen an Deutschland abgelehnt haben, teilte das bayrische Wirtschaftsministerium mit, daß von dem in den Aluminiumwerken Töging gewonnenen Rohaluminium etwa 30-40% über hayerische Walzwerke im Fertigwarenbetrieb laufen. 30-40% dieser Waren, auch der auswärts verarbeiteten, fließen wieder der hayer. Wirtschaft zu.

Der Vorsitzende des Verbandes der hayerischen Halbverarbeitenden Industrie hat einen Rückgang der Holz-

preise angekündigt, da die nach der Währungsreform um 100-200% gestiegenen Preise für Rundholz untragbar seien.

Nach anderthalbjähriger Arbeit ist jetzt ein neues Industriewerk der Firma Ohmacht & Baumgärtner (OHG-Werke) im Röhren fertigen, entstanden im Landkreis Pirmasens, wurde in der Nähe von Ippringen errichtet. Die Fabrikation umfaßt kleine Schrauben und feinstmechanische Teile für die Uhren-, Schreibmaschinen- und optische Industrie und ist ein sehr wichtiger Beitrag für den Wiederaufbau der Pirmasenser Uhren-Industrie. Das Werk, das bisher in der Ippringer Turnhalle untergebracht war, ist einer der 110 Industriebetriebe, die nach der Zerstörung Pirmasens im Landkreis untergebracht wurden. Um den Abzug dieser Industrien nach Mainz und Schwabach-Gündel zu verhindern, hat der Landkreis Pirmasens ihre Ansiedlung in den Landgemeinden tatkräftig unterstützt. Die OHG-Werke werden 200 bis 300 Arbeitskräfte beschäftigen.

Die Riedel-Motoren-Werke GmbH in Immenstadt (früher Nürnberg) hat in Immenstadt (Altkreis) ein Werkzeugmaschinen- und Montageamt, im Wert von 100 Millionen Reichsmark, errichtet.

Auf der diesjährigen Mitgliederversammlung der Deutschen Gasgesellschaft erklärte der Leiter des Reichsvereins für Bodenforst in Gießen, Prof. Dr. Breda, daß durch neue Forschungsmethoden die Möglichkeit vorliege, auf Auffindung neuer Erdöl-Lagerstätten in Deutschland zu setzen.

Der auf der letzten Sitzung des Ministerpräsidenten in Schlesien für Schleswig-Holstein genehmigte Kredit in Höhe von 13 Mill. D-Mark soll vorerst als Kassenkredit zur Deckung des Monats Oktober gewährt werden. Weitere Hilfen sind Schleswig-Holstein nach Mitteilung aus Krasen des Landesrats bis zum Inkrafttreten des Sofortprogramms zugesagt.

Ein Schuldner-Verzeichnis wird die Industrie- und Handelskammer Kassel ab 1. Dezember wieder für ihre Mitglieder herausgeben.

Das Wirtschaftsministerium von Nordrhein-Westfalen hat eine Erhöhung der Bankkassensätze um 2,50-4,00 DM je Tonne zuzusichern. Demnach gehen jetzt folgende Bruttohöchstpreise: Schokolade 24,50 DM, Braunkohl 23,50 DM, Mauerziegel 21,50 DM und Putzschalk 23 DM. Diese Preise sind Höchstpreise, die nicht überschritten, aber unterschritten werden dürfen. Sie gelten je t, lose verladen ab Werk, einschließlich Handelsvertrieb. Ein Preisvergleichsbericht der

Handelsvertreter der Deutschen Haushaltsmaschinenindustrie, darunter der Alexanderwerk Remscheid,

eingeführte Zuckersteuer der Preissteigerung teilweise entgegen. Die Preise für Löhne werden in Zukunft betragen: 20 Prozent etwa 24 Mark, 30 Prozent etwa 28 Mark, 40 Prozent etwa 32,50 Mark und 50 Prozent etwa 37,50 Mark. Für die Westsektoren Berlins gelten diese Bestimmungen nicht.

Die während des Krieges fertiggestellten und nach Kriegsende demonterte Zementfabrik in Haderdorf bei Berlin soll wieder in Betrieb genommen werden. Die Investitionen werden etwa 45 Millionen Mark betragen.

Die Veltener und Rathenower Keramik- u. Kachelindustrie, die durch ihre hochwertigen Kachel-

herstellung für die Haushalteinrichtungen ab sofort um 3% herabgesetzt, wie einseitig der Beirat des Verbandes der Deutschen Haushaltsmaschinen-Industrie seinen Mitgliedern dringend empfohlen habe.

Die Schuhfabrik Hoffmann in Kleeve wird in Körze in Dinslaken, wo sie bisher zwei kleine Betriebe unterhielt, einen größeren Zweigbetrieb eröffnen. Der erste Bauabschnitt sieht die Errichtung von 2 Hallen vor, in denen 300 Arbeitskräfte beschäftigt werden sollen.

Die Geldreform hat bei der J. Pöhl AG (Wahlhausen und Drahtschleiferei) in Köln-Zollstock kaum unglückliche Auswirkungen auf den Produktionsstand gehabt. Der größte Nachteil liegt in der Langfristigkeit der Produktion, da die Geschäftstätigkeit hierdurch erst relativ spät mit dem Beginn laufender Zahlungen rechnen kann. In den Werken Köln-Zollstock und Herdorf werden gegenwärtig rund 1000 Arbeitskräfte beschäftigt.

Wie aus Treutlingen mitgeteilt wird, soll die Erzeugung von Augenoptiken aus Kunststoffen, die bereits in Frankreich fabriziert werden, in mehreren Städten Westdeutschlands aufgenommen werden. Die Prototypen sollen billiger als Glasgegenstände sein und auch in kosmetischer und hygienischer Hinsicht besser sein.

Im Brauwerk des Elektrizitätswerkes Müden-Havenberg wurde Ende Oktober ein neuer Hochdruckkessel in Betrieb genommen, wodurch die Leistungsfähigkeit der Stromerzeugung überaus ist. Ein zweites neues Kessel steht vor der Vollendung.

Der Zweijahresplan der Konsumgenossenschaften der Ostzone sieht vor, die Mitgliederzahl um 10 auf 40% der Bevölkerung zu erhöhen. Die Verteilungsposten sollen von 1.000 auf 12.000 vermindert werden. Ferner ist die Errichtung von Konsumgenossenschaften in allen Städten und größeren Gemeinden vorgesehen.

In der Ostzone wurden die Preise für Trinkbraunwein ermäßigt. Demnach wird der Preis für 1 Liter reinen Alkohols 12,50 gegenüber 13,10 D-Mark betragen. Der 30-prozentige sogenannte „Klare Schoppen“ wird nach der neuen Regelung 84 gegen bisher 78 Ostmark kosten. Bei den Löhnen wird die neu-

eingeführte Zuckersteuer der Preissteigerung teilweise entgegen. Die Preise für Löhne werden in Zukunft betragen: 20 Prozent etwa 24 Mark, 30 Prozent etwa 28 Mark, 40 Prozent etwa 32,50 Mark und 50 Prozent etwa 37,50 Mark. Für die Westsektoren Berlins gelten diese Bestimmungen nicht.

Die während des Krieges fertiggestellten und nach Kriegsende demonterte Zementfabrik in Haderdorf bei Berlin soll wieder in Betrieb genommen werden. Die Investitionen werden etwa 45 Millionen Mark betragen.

Die Veltener und Rathenower Keramik- u. Kachelindustrie, die durch ihre hochwertigen Kachel-

herstellung für die Haushalteinrichtungen ab sofort um 3% herabgesetzt, wie einseitig der Beirat des Verbandes der Deutschen Haushaltsmaschinen-Industrie seinen Mitgliedern dringend empfohlen habe.

Die Schuhfabrik Hoffmann in Kleeve wird in Körze in Dinslaken, wo sie bisher zwei kleine Betriebe unterhielt, einen größeren Zweigbetrieb eröffnen. Der erste Bauabschnitt sieht die Errichtung von 2 Hallen vor, in denen 300 Arbeitskräfte beschäftigt werden sollen.

Die Geldreform hat bei der J. Pöhl AG (Wahlhausen und Drahtschleiferei) in Köln-Zollstock kaum unglückliche Auswirkungen auf den Produktionsstand gehabt. Der größte Nachteil liegt in der Langfristigkeit der Produktion, da die Geschäftstätigkeit hierdurch erst relativ spät mit dem Beginn laufender Zahlungen rechnen kann. In den Werken Köln-Zollstock und Herdorf werden gegenwärtig rund 1000 Arbeitskräfte beschäftigt.

Wie aus Treutlingen mitgeteilt wird, soll die Erzeugung von Augenoptiken aus Kunststoffen, die bereits in Frankreich fabriziert werden, in mehreren Städten Westdeutschlands aufgenommen werden. Die Prototypen sollen billiger als Glasgegenstände sein und auch in kosmetischer und hygienischer Hinsicht besser sein.

Im Brauwerk des Elektrizitätswerkes Müden-Havenberg wurde Ende Oktober ein neuer Hochdruckkessel in Betrieb genommen, wodurch die Leistungsfähigkeit der Stromerzeugung überaus ist. Ein zweites neues Kessel steht vor der Vollendung.

Der Zweijahresplan der Konsumgenossenschaften der Ostzone sieht vor, die Mitgliederzahl um 10 auf 40% der Bevölkerung zu erhöhen. Die Verteilungsposten sollen von 1.000 auf 12.000 vermindert werden. Ferner ist die Errichtung von Konsumgenossenschaften in allen Städten und größeren Gemeinden vorgesehen.

In der Ostzone wurden die Preise für Trinkbraunwein ermäßigt. Demnach wird der Preis für 1 Liter reinen Alkohols 12,50 gegenüber 13,10 D-Mark betragen. Der 30-prozentige sogenannte „Klare Schoppen“ wird nach der neuen Regelung 84 gegen bisher 78 Ostmark kosten. Bei den Löhnen wird die neu-

eingeführte Zuckersteuer der Preissteigerung teilweise entgegen. Die Preise für Löhne werden in Zukunft betragen: 20 Prozent etwa 24 Mark, 30 Prozent etwa 28 Mark, 40 Prozent etwa 32,50 Mark und 50 Prozent etwa 37,50 Mark. Für die Westsektoren Berlins gelten diese Bestimmungen nicht.

Die während des Krieges fertiggestellten und nach Kriegsende demonterte Zementfabrik in Haderdorf bei Berlin soll wieder in Betrieb genommen werden. Die Investitionen werden etwa 45 Millionen Mark betragen.

Die Veltener und Rathenower Keramik- u. Kachelindustrie, die durch ihre hochwertigen Kachel-

herstellung für die Haushalteinrichtungen ab sofort um 3% herabgesetzt, wie einseitig der Beirat des Verbandes der Deutschen Haushaltsmaschinen-Industrie seinen Mitgliedern dringend empfohlen habe.

Die Schuhfabrik Hoffmann in Kleeve wird in Körze in Dinslaken, wo sie bisher zwei kleine Betriebe unterhielt, einen größeren Zweigbetrieb eröffnen. Der erste Bauabschnitt sieht die Errichtung von 2 Hallen vor, in denen 300 Arbeitskräfte beschäftigt werden sollen.

Die Geldreform hat bei der J. Pöhl AG (Wahlhausen und Drahtschleiferei) in Köln-Zollstock kaum unglückliche Auswirkungen auf den Produktionsstand gehabt. Der größte Nachteil liegt in der Langfristigkeit der Produktion, da die Geschäftstätigkeit hierdurch erst relativ spät mit dem Beginn laufender Zahlungen rechnen kann. In den Werken Köln-Zollstock und Herdorf werden gegenwärtig rund 1000 Arbeitskräfte beschäftigt.

Wie aus Treutlingen mitgeteilt wird, soll die Erzeugung von Augenoptiken aus Kunststoffen, die bereits in Frankreich fabriziert werden, in mehreren Städten Westdeutschlands aufgenommen werden. Die Prototypen sollen billiger als Glasgegenstände sein und auch in kosmetischer und hygienischer Hinsicht besser sein.

Im Brauwerk des Elektrizitätswerkes Müden-Havenberg wurde Ende Oktober ein neuer Hochdruckkessel in Betrieb genommen, wodurch die Leistungsfähigkeit der Stromerzeugung überaus ist. Ein zweites neues Kessel steht vor der Vollendung.

Der Zweijahresplan der Konsumgenossenschaften der Ostzone sieht vor, die Mitgliederzahl um 10 auf 40% der Bevölkerung zu erhöhen. Die Verteilungsposten sollen von 1.000 auf 12.000 vermindert werden. Ferner ist die Errichtung von Konsumgenossenschaften in allen Städten und größeren Gemeinden vorgesehen.

In der Ostzone wurden die Preise für Trinkbraunwein ermäßigt. Demnach wird der Preis für 1 Liter reinen Alkohols 12,50 gegenüber 13,10 D-Mark betragen. Der 30-prozentige sogenannte „Klare Schoppen“ wird nach der neuen Regelung 84 gegen bisher 78 Ostmark kosten. Bei den Löhnen wird die neu-

eingeführte Zuckersteuer der Preissteigerung teilweise entgegen. Die Preise für Löhne werden in Zukunft betragen: 20 Prozent etwa 24 Mark, 30 Prozent etwa 28 Mark, 40 Prozent etwa 32,50 Mark und 50 Prozent etwa 37,50 Mark. Für die Westsektoren Berlins gelten diese Bestimmungen nicht.

Die während des Krieges fertiggestellten und nach Kriegsende demonterte Zementfabrik in Haderdorf bei Berlin soll wieder in Betrieb genommen werden. Die Investitionen werden etwa 45 Millionen Mark betragen.

Die Veltener und Rathenower Keramik- u. Kachelindustrie, die durch ihre hochwertigen Kachel-

herstellung für die Haushalteinrichtungen ab sofort um 3% herabgesetzt, wie einseitig der Beirat des Verbandes der Deutschen Haushaltsmaschinen-Industrie seinen Mitgliedern dringend empfohlen habe.

Die Schuhfabrik Hoffmann in Kleeve wird in Körze in Dinslaken, wo sie bisher zwei kleine Betriebe unterhielt, einen größeren Zweigbetrieb eröffnen. Der erste Bauabschnitt sieht die Errichtung von 2 Hallen vor, in denen 300 Arbeitskräfte beschäftigt werden sollen.

Die Geldreform hat bei der J. Pöhl AG (Wahlhausen und Drahtschleiferei) in Köln-Zollstock kaum unglückliche Auswirkungen auf den Produktionsstand gehabt. Der größte Nachteil liegt in der Langfristigkeit der Produktion, da die Geschäftstätigkeit hierdurch erst relativ spät mit dem Beginn laufender Zahlungen rechnen kann. In den Werken Köln-Zollstock und Herdorf werden gegenwärtig rund 1000 Arbeitskräfte beschäftigt.

Wie aus Treutlingen mitgeteilt wird, soll die Erzeugung von Augenoptiken aus Kunststoffen, die bereits in Frankreich fabriziert werden, in mehreren Städten Westdeutschlands aufgenommen werden. Die Prototypen sollen billiger als Glasgegenstände sein und auch in kosmetischer und hygienischer Hinsicht besser sein.

Im Brauwerk des Elektrizitätswerkes Müden-Havenberg wurde Ende Oktober ein neuer Hochdruckkessel in Betrieb genommen, wodurch die Leistungsfähigkeit der Stromerzeugung überaus ist. Ein zweites neues Kessel steht vor der Vollendung.

Der Zweijahresplan der Konsumgenossenschaften der Ostzone sieht vor, die Mitgliederzahl um 10 auf 40% der Bevölkerung zu erhöhen. Die Verteilungsposten sollen von 1.000 auf 12.000 vermindert werden. Ferner ist die Errichtung von Konsumgenossenschaften in allen Städten und größeren Gemeinden vorgesehen.

In der Ostzone wurden die Preise für Trinkbraunwein ermäßigt. Demnach wird der Preis für 1 Liter reinen Alkohols 12,50 gegenüber 13,10 D-Mark betragen. Der 30-prozentige sogenannte „Klare Schoppen“ wird nach der neuen Regelung 84 gegen bisher 78 Ostmark kosten. Bei den Löhnen wird die neu-

eingeführte Zuckersteuer der Preissteigerung teilweise entgegen. Die Preise für Löhne werden in Zukunft betragen: 20 Prozent etwa 24 Mark, 30 Prozent etwa 28 Mark, 40 Prozent etwa 32,50 Mark und 50 Prozent etwa 37,50 Mark. Für die Westsektoren Berlins gelten diese Bestimmungen nicht.

Die während des Krieges fertiggestellten und nach Kriegsende demonterte Zementfabrik in Haderdorf bei Berlin soll wieder in Betrieb genommen werden. Die Investitionen werden etwa 45 Millionen Mark betragen.

Die Veltener und Rathenower Keramik- u. Kachelindustrie, die durch ihre hochwertigen Kachel-

herstellung für die Haushalteinrichtungen ab sofort um 3% herabgesetzt, wie einseitig der Beirat des Verbandes der Deutschen Haushaltsmaschinen-Industrie seinen Mitgliedern dringend empfohlen habe.

Die Schuhfabrik Hoffmann in Kleeve wird in Körze in Dinslaken, wo sie bisher zwei kleine Betriebe unterhielt, einen größeren Zweigbetrieb eröffnen. Der erste Bauabschnitt sieht die Errichtung von 2 Hallen vor, in denen 300 Arbeitskräfte beschäftigt werden sollen.

Die Geldreform hat bei der J. Pöhl AG (Wahlhausen und Drahtschleiferei) in Köln-Zollstock kaum unglückliche Auswirkungen auf den Produktionsstand gehabt. Der größte Nachteil liegt in der Langfristigkeit der Produktion, da die Geschäftstätigkeit hierdurch erst relativ spät mit dem Beginn laufender Zahlungen rechnen kann. In den Werken Köln-Zollstock und Herdorf werden gegenwärtig rund 1000 Arbeitskräfte beschäftigt.

Wie aus Treutlingen mitgeteilt wird, soll die Erzeugung von Augenoptiken aus Kunststoffen, die bereits in Frankreich fabriziert werden, in mehreren Städten Westdeutschlands aufgenommen werden. Die Prototypen sollen billiger als Glasgegenstände sein und auch in kosmetischer und hygienischer Hinsicht besser sein.

Im Brauwerk des Elektrizitätswerkes Müden-Havenberg wurde Ende Oktober ein neuer Hochdruckkessel in Betrieb genommen, wodurch die Leistungsfähigkeit der Stromerzeugung überaus ist. Ein zweites neues Kessel steht vor der Vollendung.

Der Zweijahresplan der Konsumgenossenschaften der Ostzone sieht vor, die Mitgliederzahl um 10 auf 40% der Bevölkerung zu erhöhen. Die Verteilungsposten sollen von 1.000 auf 12.000 vermindert werden. Ferner ist die Errichtung von Konsumgenossenschaften in allen Städten und größeren Gemeinden vorgesehen.

herstellung für die Haushalteinrichtungen ab sofort um 3% herabgesetzt, wie einseitig der Beirat des Verbandes der Deutschen Haushaltsmaschinen-Industrie seinen Mitgliedern dringend empfohlen habe.

Die Schuhfabrik Hoffmann in Kleeve wird in Körze in Dinslaken, wo sie bisher zwei kleine Betriebe unterhielt, einen größeren Zweigbetrieb eröffnen. Der erste Bauabschnitt sieht die Errichtung von 2 Hallen vor, in denen 300 Arbeitskräfte beschäftigt werden sollen.

Die Geldreform hat bei der J. Pöhl AG (Wahlhausen und Drahtschleiferei) in Köln-Zollstock kaum unglückliche Auswirkungen auf den Produktionsstand gehabt. Der größte Nachteil liegt in der Langfristigkeit der Produktion, da die Geschäftstätigkeit hierdurch erst relativ spät mit dem Beginn laufender Zahlungen rechnen kann. In den Werken Köln-Zollstock und Herdorf werden gegenwärtig rund 1000 Arbeitskräfte beschäftigt.

Wie aus Treutlingen mitgeteilt wird, soll die Erzeugung von Augenoptiken aus Kunststoffen, die bereits in Frankreich fabriziert werden, in mehreren Städten Westdeutschlands aufgenommen werden. Die Prototypen sollen billiger als Glasgegenstände sein und auch in kosmetischer und hygienischer Hinsicht besser sein.

Im Brauwerk des Elektrizitätswerkes Müden-Havenberg wurde Ende Oktober ein neuer Hochdruckkessel in Betrieb genommen, wodurch die Leistungsfähigkeit der Stromerzeugung überaus ist. Ein zweites neues Kessel steht vor der Vollendung.

Der Zweijahresplan der Konsumgenossenschaften der Ostzone sieht vor, die Mitgliederzahl um 10 auf 40% der Bevölkerung zu erhöhen. Die Verteilungsposten sollen von 1.000 auf 12.000 vermindert werden. Ferner ist die Errichtung von Konsumgenossenschaften in allen Städten und größeren Gemeinden vorgesehen.

In der Ostzone wurden die Preise für Trinkbraunwein ermäßigt. Demnach wird der Preis für 1 Liter reinen Alkohols 12,50 gegenüber 13,10 D-Mark betragen. Der 30-prozentige sogenannte „Klare Schoppen“ wird nach der neuen Regelung 84 gegen bisher 78 Ostmark kosten. Bei den Löhnen wird die neu-

eingeführte Zuckersteuer der Preissteigerung teilweise entgegen. Die Preise für Löhne werden in Zukunft betragen: 20 Prozent etwa 24 Mark, 30 Prozent etwa 28 Mark, 40 Prozent etwa 32,50 Mark und 50 Prozent etwa 37,50 Mark. Für die Westsektoren Berlins gelten diese Bestimmungen nicht.

Die während des Krieges fertiggestellten und nach Kriegsende demonterte Zementfabrik in Haderdorf bei Berlin soll wieder in Betrieb genommen werden. Die Investitionen werden etwa 45 Millionen Mark betragen.

Die Veltener und Rathenower Keramik- u. Kachelindustrie, die durch ihre hochwertigen Kachel-

herstellung für die Haushalteinrichtungen ab sofort um 3% herabgesetzt, wie einseitig der Beirat des Verbandes der Deutschen Haushaltsmaschinen-Industrie seinen Mitgliedern dringend empfohlen habe.

Die Schuhfabrik Hoffmann in Kleeve wird in Körze in Dinslaken, wo sie bisher zwei kleine Betriebe unterhielt, einen größeren Zweigbetrieb eröffnen. Der erste Bauabschnitt sieht die Errichtung von 2 Hallen vor, in denen 300 Arbeitskräfte beschäftigt werden sollen.

Die Geldreform hat bei der J. Pöhl AG (Wahlhausen und Drahtschleiferei) in Köln-Zollstock kaum unglückliche Auswirkungen auf den Produktionsstand gehabt. Der größte Nachteil liegt in der Langfristigkeit der Produktion, da die Geschäftstätigkeit hierdurch erst relativ spät mit dem Beginn laufender Zahlungen rechnen kann. In den Werken Köln-Zollstock und Herdorf werden gegenwärtig rund 1000 Arbeitskräfte beschäftigt.

Wie aus Treutlingen mitgeteilt wird, soll die Erzeugung von Augenoptiken aus Kunststoffen, die bereits in Frankreich fabriziert werden, in mehreren Städten Westdeutschlands aufgenommen werden. Die Prototypen sollen billiger als Glasgegenstände sein und auch in kosmetischer und hygienischer Hinsicht besser sein.

Im Brauwerk des Elektrizitätswerkes Müden-Havenberg wurde Ende Oktober ein neuer Hochdruckkessel in Betrieb genommen, wodurch die Leistungsfähigkeit der Stromerzeugung überaus ist. Ein zweites neues Kessel steht vor der Vollendung.

Der Zweijahresplan der Konsumgenossenschaften der Ostzone sieht vor, die Mitgliederzahl um 10 auf 40% der Bevölkerung zu erhöhen. Die Verteilungsposten sollen von 1.000 auf 12.000 vermindert werden. Ferner ist die Errichtung von Konsumgenossenschaften in allen Städten und größeren Gemeinden vorgesehen.

In der Ostzone wurden die Preise für Trinkbraunwein ermäßigt. Demnach wird der Preis für 1 Liter reinen Alkohols 12,50 gegenüber 13,10 D-Mark betragen. Der 30-prozentige sogenannte „Klare Schoppen“ wird nach der neuen Regelung 84 gegen bisher 78 Ostmark kosten. Bei den Löhnen wird die neu-

eingeführte Zuckersteuer der Preissteigerung teilweise entgegen. Die Preise für Löhne werden in Zukunft betragen: 20 Prozent etwa 24 Mark, 30 Prozent etwa 28 Mark, 40 Prozent etwa 32,50 Mark und 50 Prozent etwa 37,50 Mark. Für die Westsektoren Berlins gelten diese Bestimmungen nicht.

Die während des Krieges fertiggestellten und nach Kriegsende demonterte Zementfabrik in Haderdorf bei Berlin soll wieder in Betrieb genommen werden. Die Investitionen werden etwa 45 Millionen Mark betragen.

Die Veltener und Rathenower Keramik- u. Kachelindustrie, die durch ihre hochwertigen Kachel-

herstellung für die Haushalteinrichtungen ab sofort um 3% herabgesetzt, wie einseitig der Beirat des Verbandes der Deutschen Haushaltsmaschinen-Industrie seinen Mitgliedern dringend empfohlen habe.

Die Schuhfabrik Hoffmann in Kleeve wird in Körze in Dinslaken, wo sie bisher zwei kleine Betriebe unterhielt, einen größeren Zweigbetrieb eröffnen. Der erste Bauabschnitt sieht die Errichtung von 2 Hallen vor, in denen 300 Arbeitskräfte beschäftigt werden sollen.

Die Geldreform hat bei der J. Pöhl AG (Wahlhausen und Drahtschleiferei) in Köln-Zollstock kaum unglückliche Auswirkungen auf den Produktionsstand gehabt. Der größte Nachteil liegt in der Langfristigkeit der Produktion, da die Geschäftstätigkeit hierdurch erst relativ spät mit dem Beginn laufender Zahlungen rechnen kann. In den Werken Köln-Zollstock und Herdorf werden gegenwärtig rund 1000 Arbeitskräfte beschäftigt.

Wie aus Treutlingen mitgeteilt wird, soll die Erzeugung von Augenoptiken aus Kunststoffen, die bereits in Frankreich fabriziert werden, in mehreren Städten Westdeutschlands aufgenommen werden. Die Prototypen sollen billiger als Glasgegenstände sein und auch in kosmetischer und hygienischer Hinsicht besser sein.

Im Brauwerk des Elektrizitätswerkes Müden-Havenberg wurde Ende Oktober ein neuer Hochdruckkessel in Betrieb genommen, wodurch die Leistungsfähigkeit der Stromerzeugung überaus ist. Ein zweites neues Kessel steht vor der Vollendung.

Der Zweijahresplan der Konsumgenossenschaften der Ostzone sieht vor, die Mitgliederzahl um 10 auf 40% der Bevölkerung zu erhöhen. Die Verteilungsposten sollen von 1.000 auf 12.000 vermindert werden. Ferner ist die Errichtung von Konsumgenossenschaften in allen Städten und größeren Gemeinden vorgesehen.

In der Ostzone wurden die Preise für Trinkbraunwein ermäßigt. Demnach wird der Preis für 1 Liter reinen Alkohols 12,50 gegenüber 13,10 D-Mark betragen. Der 30-prozentige sogenannte „Klare Schoppen“ wird nach der neuen Regelung 84 gegen bisher 78 Ostmark kosten. Bei den Löhnen wird die neu-

ISOLA spart Kohle

Hervorragendes, Millego laminiertes aus Schlackenwolle zum Schutz gegen Wärme- u. Kälteverluste sowie Schallwirkung (Form von Woll, Schütten und Rollen, Voll- oder Halbdickwand).
ISOLA-MINERALWOLLEWERKE
Hastingshausen (Wesfalen)

Truman-Baisse in Wallstreet

Truman ist weiter Präsident — Inauguration beginnt sich die Welt von ihrer Überwindung zu erholen und internationalen Prosekkommentare versuchen bereits ausgiebig dieses, allen Prognosen widersprechende Ergebnis der amerikanischen Präsidentschaftswahl zu erklären. Man mag sich so leicht für den Wirtschaftler doch wesentlich, daß die wirtschaftspolitischen Argumente und — was damit eng zusammenhängt — die sozialen der Truman'schen Wahlkampagne einen sehr wesentlichen Anteil an dem überraschenden Ergebnis haben. Die Politik empfängt nicht zuletzt von der Wirtschaft ihre Impulse und der Politiker, der gegenüber wirtschaftlichen Notwendigkeiten aufgeschlossen ist, wird letzten Endes erfolgreich sein.

Die Abkündigung des gesellschaftsständischen Taft-Hartley-Gesetzes durch Truman hat die Massen der Gewerkschaften für ihn mobilisiert. Seine Festhalten an der New Deal-Politik mag der Wirtschaft vielfach wieder Planungen und damit gewisse Beeinträchtigungen einbringen. Wegen Lehren die Republikaner diese Politik auch ab, doch die Masse der amerikanischen Völker hat die Roosevelt'schen Aktionen, man denke nur an den Ausbau des Tennessee-Tals, in guter Erinnerung. Weitere soziale Pläne, wie eine Krankenversicherung die 48 Mill. Menschen kostliche Hilfe sichern soll, sowie der Ausbau der Altersversicherung und Erhöhung der Mindestlöhne werden Truman weitgehend die Sympathien der großen Wehrmasse eintrachten haben. Bei der Heftigkeit er sich durch sein Anti-Inflationprogramm, das vor allem wieder Einführung der Preiskontrolle verleiht, beliebt. Ob man allerdings wirksame Antinflationspolitik mit einem hohen Rüstungsanstieg und gewaltigen „Küchenchen“-Aktionen treiben kann, erscheint dem Wirtschaftler zweifelhaft. Jedoch die amerikanischen Finanzkreise glauben an Truman, den „Apester“, der Rüstungen einschränkt und Lebenshaltungskosten senkt.

Selbst die als sichere republikanische Anhänger geltenden Farmer brauchen nicht den Umsturz zugunsten Deweys, da Truman mit handfesten Preissteigerungsverordnungen aufwartet. Er will die Anbaufläche zum Maßstab der Subventionen machen und außerdem größere Beträge für die Bodenbearbeitung und den Aufbau ländlicher Kraftwerke bereitstellen. Außerdem wurde die Schuld am Abwärtssinken der Getreidepreise unter die amtlichen Höchstpreise von Truman dem republikanischen Kongress zugeschrieben, da dieser gegen Ausgaben für Getreideexportsubventionen sein Veto einlegte.

Die New Yorker Börse reagierte auf das überraschende Wahlergebnis prompt mit dem stärksten Kursrückgang dieses Jahres. Man hatte in den Kreisen der Großindustrie bei dem sicher geltenden Sieg Deweys mit großen Expansionsmöglichkeiten gerechnet und entsprechend disponiert. Nun hat Truman und mit ihm die Aussicht auf eine Extrabesteuerung besonders großer Vermögen. Der Index für 30 Industriewerte, der am Montag auf 189,5 festgesetzt wurde, ging am Mittwoch auf 179,5 zurück, erholte sich am Donnerstag jedoch, rutschte aber am Freitag erneut wieder ab. Die Gesamtverluste seit Beginn voriger Woche werden auf mehr als 4 Mrd. Dollar geschätzt.

Bei der engen Verflechtung der Weltwirtschaft mit den Vereinigten Staaten ist nicht nur für die USA allein der Ausgang der Wahl interessant. Ein Sieg der Republikaner hätte ohne Zweifel den Übergang zum Isolationismus und damit zur Hochachtungspolitik gebracht, während jetzt die freihändlerischen Tendenzen im Sinne des 1934 von Cordell Hull ausgehandelten Handelsvertrages und der Welthandels-Charta von Havana weiter maßgebend sein werden. Die freizügige Reaktion aus Westeuropa ist verständlich, denn die Marshall-Gelder werden nun weiter fließen, während bei Dewey der Geldschub höher jegeben hätte. Republikanische Abgeordnete vom Schlage eines Tabor, die immer sehr stark für eine Kürzung der Hilfgelder eintraten, ver-

schwanden am Kongreß und Republikanern schenken oder verlieren zumindest ihren bisherigen Einfluß.

Deutschland kann mit dem Wahlergebnis insofern zufrieden sein, da Dewey als Präsident die Bedürfnisse Deutschlands gegenüber anderen europäischen Staaten an die letzte Stelle gedrückt hätte, während nun — und hier ist das Echo aus der internationalen Presse nicht immer freundlich — Deutschland dem europäischen Rahmen im Sinne besserer Verwendung der nach Europa gesandten Hilfgelder eingepaßt wird. Doch wollen wir die Hoffnungen nicht zu hoch spannen, denn ganz wie man nicht davon überzeugt, daß alle in Deutschland bestehenden Beschränkungen über Sympathien für Morgenthau-Gedanken, die sie sind offen und freudig überboten, schon ganz zugunsten der Marshall-Plan-Mentalität abgelegt haben.

Was Westeuropa anbetrifft, so möchten wir wünschen, daß nach dem freudigen Echo auf den Wahlsieg Trumans nun nicht ein beständliches Schaudern auf dem andern sicher fließenden ERP-Geldstrom folgt, sondern daß man sich gerade jetzt der einst von Marshall selbst formulierten Bedingung bewußt ist, daß nur starke eigene Anstrengungen Europas den aus den Vereinigten Staaten kommenden Hilfsmitteln die entsprechende Wirkung verleihen können.

Einfuhr strategischer Rohstoffreserven in die USA

Washington. Die ECA-Verwaltung verhandelt zur Zeit mit ERP-Ländern über Lieferabschlüsse für Rohstoffe für strategische Zwecke. Eingeführt sollen werden: Nickel aus Neu-Kaledonien, Kyanit aus Kenia, Blei und Mangan aus Französisch-Marokko, Chromerz aus der Türkei, Graphit aus Madagaskar, Bauxit und Zinn aus Niederländisch-Indien und Platin aus Großbritannien. England hat bereits die Lieferung von Kautschuk, Industriekohlen und Sialitoffen zugesagt. Von diesen letzteren drei Produkten hat sich Großbritannien als ERP-Gegenleistung bereits Werten im Werte von 13 Mill. Dollar gesichert. Die USA werden Mitte 1949 11 Mrd. Dollar für strategische Rohstoffe ausgehen.

Arbeitslöhne auf Höchststand

Die Einzelhandelslöhne in den Vereinigten Staaten beliefen sich nach einer Mitteilung des Handelsdepartements im September dieses Jahres auf 10 878 Mill. Dollar, das heißt 1,5% mehr als im Vergleichsmonat des Vorjahres.

Nach einer Veröffentlichung des statistischen Büros des Arbeitsministeriums der USA erreichte der durchschnittliche Stundenlohn eines Fabrikarbeiters in den Vereinigten Staaten Mitte September mit 1,36 Dollar den bisher höchsten Nennbetrag.

Die Stahllieferpreise in den USA sind sich im letzten verarbeiteten Preisbericht bemerkbar. Während die Lieferpreise nicht unverändert blieben, werden neue Güter- und Abmessungsverhältnisse berechnet, die Berechnungsbasis verändert (statt groß-t von 240 lbs jetzt die net-t von 200 lbs bei gleichem Preis, statt drei Frachtklassen jetzt fünf usw.). Die Preise für Qualitätsstähle sind offen herausgesetzt worden, teilweise um mehr als 50 Prozent.

Kollisionsgefahr

Washington. Die Regierung der USA will im Rahmen des Genf Untersuchungs, Kontroll- und Handelsabkommens über gegenseitige Kollisionsgefahr verhandeln. Die Verhandlungen sollen am 1. April 1949 in Genf beginnen und mit Dänemark, der Dominikanischen Republik, Salvador, Finnland, Griechenland, Haiti, Italien, Nicaragua, Schweden und Uruguay geführt werden.

Gütertarif-Erhöhung vorläufig abgelehnt

Der amerikanische Bundeskongreß für Handelsfragen lehnte die von den Eisenbahn-Gesellschaften der USA beantragte sofortige Erhöhung der Gütertarife um durchschnittlich 4% ab. Der Ausschuß tritt je-

doch am 30. November erneut zusammen, um über den Antrag der Eisenbahn-Gesellschaften auf Genehmigung einer Gütertarif-Erhöhung um 13% zu beraten. Die Herabsetzung der Tarife allein um 4% würde für die Gesellschaften eine Erhöhung der Jahreserlöse um rund 675 Mill. Dollar bedeuten.

Erdfinanzierung durch USA

Die internationale Verflechtung der Erdölwirtschaft hat in den letzten Wochen zwei entscheidende Fortschritte zu verzeichnen gehabt. Das englisch-französische Raffinerieabkommen und die der Standard Oil of New Jersey von der englischen Regierung erteilte Genehmigung, im Rahmen des Marshall-Plan-Englisch selbst eine neue Erdölraffinerie des Meeresküsten zu errichten.

Die beiden Ereignisse stehen in einem gewissen Zusammenhang. In den eng-

lich-französischen Beziehungen bestanden dem letzten Schwerepunkt, als Frankreich infolge seines Devisenmangels nicht die notwendigen Rohölreserven importieren konnte, um seine Raffinerien voll zu beschäftigen. Andererseits fehlte es auch Großbritannien an Dollarn, die es den Engländern erlaubt hätten, den Ausfall der Lieferungen aus den in Haufe stillgelegten Raffinerien durch Importe größeren Umfangs aus den Vereinigten Staaten zu ersetzen. Die Folge davon war, daß einer unangenehmen Produktionskapazität der französischen Raffinerien eine ungenügende Bedarfdeckung in Großbritannien gegenüberstand.

Zur Lösung dieses Problems werden die Anglo-Franco Oil Company und der Shell-Konzern im Laufe der kommenden zwei Monate insgesamt 4 Mill. t Rohöl nach Frankreich liefern, um diese Menge in den französischen Raffinerien verarbeiten zu lassen. Von den hieraus entstehenden Raffinerieprodukten werden 1,5 Mill. t nach England zurückgeliefert,

während 2,5 Mill. t zur Entspannung des französischen Marktes und gleichzeitig zur Beschaffung der Raffineriarbeit in Frankreich verbleiben, bzw. zumeist die Verarbeitung in den südfranzösischen Raffinerien erfolgt, nach Nordafrika — insbesondere nach Marokko — zur Verschiffung gelangen. Dies bedeutet wiederum eine erhebliche Devisenersparnis für Frankreich, weil es bisher die Deckung des nordafrikanischen Erdölbedarfs nur mit Hilfe von Importen aus den Vereinigten Staaten, die also in Dollar zahlbar waren, sicherstellen konnte.

Die für England bestimmten 1,5 Mill. t werden natürlich nicht aus so daß in diese Lücke nun das Abkommen zwischen England und der Standard Oil einbringt. Die Örgane der Standard Oil sind dabei vorwiegend als Stelle der Transfergarantie, d. h. die amerikanischen Kapitalgeber werden auf Grund dieser Garantie die Möglichkeit haben, die aus den Neukonstruktionen erzielten Gewinne auf Wunsch nach den USA abzurufen. Das

Problem „Kaufkraft“ in Frankreich

Der Streik der französischen Kohlenbergwerke geht zu Ende ohne eine Lösung der Fragen gebracht zu haben, die, wenn es sich nicht der eigentliche Anlaß zur Stilllegung der Kohlengruben waren, doch die Atmosphäre erhellten ließen, in der die im Grunde politische Auseinandersetzung möglich geworden war. Von einer Mehrheit von Fragen in diesem Zusammenhang zu sprechen, ist indessen nicht recht angebracht. Die Erörterungen auf wirtschaftlicher Ebene gehen im Grunde alle dem gleichen Gegenstand: Der Verminderung oder Steigerung des Kaufkrafts des Verbrauchers, als sich bald in dem Preisanstieg, bald in der Bemühung um Preisrückgang oder in der Forderung höherer Löhne äußern sollte.

Dem unter dem Begriff „Kaufkraft“ fallenden Problem hat kürzlich eine Aussprache von Vertretern der französischen Regierung und der Gewerkschaften gegolten. Die Teilnehmer an der Aussprache hatten vorher jeder für sich Untersuchungen angestellt, die ihnen die Voraussetzungen zu einer Einigung an die Hand geben sollten. Bei der Gegenüberstellung der Ergebnisse dieser Untersuchungen zeigte sich indessen, wie nicht anders zu erwarten gewesen war, daß sie sich keineswegs deckten. Die Errechnung des Minimums an Unterhaltsmitteln hatte die Regierungsvertreter zu einem Betrag von 13 000 fr., die Vertreter der Arbeitnehmer zu einem solchen von 14 500 fr. monatlich geführt. Damit war die Hoffnung, zu einer Verständigung zu gelangen, wobei die Senkung der Preise lebenswichtiger Produkte ins Auge gefaßt worden war, von vornherein so sehr vermindert worden, daß der negative Ausgang der Beratung nicht mehr überraschen konnte.

Drei Tage vor dieser Aussprache war von der Regierung eine Preisliste veröffentlicht worden, die allein für Butter eine jährliche Preisrückgang — von 24% —, außerdem für konservierte Eier eine Kalkulationsgrundlage für andere Artikel aber eine zum Teil beträchtliche Erhöhung gebildet hatte. Diese Erhöhung betrug bei Leuchtgas 25%, Teigrührer 25%, Zucker 6%, Speiseeis 25%, Säfte 25% und Pflanzenöl sogar 100%. Mit der Veranbarung dieser Preises und dem schiefen Standpunkt der Aussprache zwischen den Regierungsvertretern und den Gewerkschaften selbst, so wird verständlich, die Bemühungen der Regierung, die Spannung zwischen Freisen und Löhnen zu beseitigen, keineswegs abgeschlossen sein. Zu diesen Bemühungen zählt die Aktion, die die Verzögerung mit Fleisch verbessern will und auch schon gewisse Erfolge gezeitigt hat und gehören auch Maßnahmen betreffend die Verzögerung mit Wein. Das bereits genehmigte Importprogramm der Regierung sieht die Einfuhr von Lebensmittel vor, die zu Konkurrenzpreisen abgesetzt werden sollen. Am 15. März werden Erbsen im Werte von 800 000 Dollar und Honig für 360 000 Dollar erwartet.

Diese Maßnahmen versprechen noch keinen Ausgleich der Spannung. Es stellen sich vielmehr Anzeichen ein, die eine weitere Verschärfung der Gegensätze ankündigen. Von Seiten der CGT — Confédération Générale du Travail — werden die Preisrückgänge seit August auf durchschnittlich 18%, die Preisrückgänge aber auf höchstens 1% geschätzt, der neue Unterhaltsmittelindex aber mit 15 300 fr. angegeben. Wie diese Angaben zeigen, hält man — im Lager der CGT — für die Organisation, die für den Ausbruch der Kohlenarbeiterstreik verantwortlich zeichnet — an einer Beurteilung der Lage fest, die die Spannung zwischen Preisen und Löhnen noch immer sich verstärken sieht und sich eine Verbesserung nur von dem Sieg ihres Standpunktes — von der Herabsetzung der Preise einerseits und der Erhöhung der Löhne andererseits — erwartet.

Ohne sich diesen Tendenzen vollkommen zu verschließen, versucht die Regierung Quelle den Weg zu gehen, der ihr als der allein Erfolg versprechende erscheint. Sie will vor allem eine Erhöhung der Produktion — eine Reduzierung der Streiks auf gestrichelter Weise entgegenwirken — und streift, wie bereits angedeutet worden ist, eine Beschneidung der Preisbildung durch Einfuhr von Lebensmittel an. Jede Erhöhung der Einfuhr muß aber gleichzeitig vermehrte Beschäftigungen von einer Steigerung der Warenpreise und damit eine Verbesserung der defizitären französischen Handelsbilanz werden. Die Einfuhr Frankreichs belief sich im September 1948 auf 4,1 Mill. t im Werte von 45,5 Mrd. fr., die Ausfuhr auf

1,8 Mill. t im Werte von 4,1 Mrd. fr. Es ergab sich somit ein Defizit von 2,3 Mrd. fr. gegenüber 2,4 Mrd. fr. im Monat Juli/August. (Die entsprechenden Zahlen des Monats Oktober stehen noch aus, werden aber als Zahlen des Monats, in dem der Streik der Kohlenbergwerke fall, besonders Interesse beanspruchen dürfen.)

Die Bemühungen um die Erhöhung der Produktion und der Ausfuhr begannen indessen schon im Juli. Es wurde hierauf mit Nachdruck auch gelegentlich der „Ausfuhr-Studientage“ hingewiesen, die vom 3. bis 5. November in Paris unter der Schutzherrschaft des Präsidenten des „Conseil National du Patronat Français“, Villiers, und des Präsidenten der Vereinigung der Handelskammern in der französischen Union, Coquer, stattfanden. Die Redner, Männer der Wirtschaft, wendeten sich im Verlauf der Tagung namentlich auch gegen die zahlreichen Formalitäten, die sich beim Durchführen geschäftlicher Transaktionen mit dem Ausland entgegenstellen, und forderten außerdem die Bewilligung von Krediten durch die öffentliche Hand sowie Steuerbegünstigungen. Den Verhandlungen über den Abschluß von Handelsverträgen — auch dies ein wesentliches Anliegen französischer Exportkreise — sollen künftig

Sachverständige der Wirtschaft stärker zuzuziehen werden

Praktisch keine Arbeitslosigkeit

Eine in Paris erscheinende statistische Wochenzeitschrift („Bulletin hebdomadaire Statistique“) veröffentlicht folgende interessante Angaben über die Lage auf dem französischen Arbeitsmarkt in den letzten Monaten:

Monatsdurchschnitt 1947	Arbeitslose	Kriegsersatz
1. Juni 1947	6 678	871 635
1. Juli 1947	14 000	84 138
1. August 1947	16 450	78 484
1. September 1947	19 119	65 672
1. Oktober 1947	19 472	48 674

Anfang Oktober 1948 wurden 34 000 Kriegseinsatzkräfte als Zivilarbeiter beschäftigt, davon 21 500 in der Land- und Forstwirtschaft, 10 000 als Arbeiter im Erz- und Kohlenbergbau und in den Eisenröhren-Zweigen des 1. Mai und 1. Oktober wurden 15 200 Kriegseinsatzkräfte zu Zivilarbeitern. Im gleichen Zeitabschnitt von fünf Monaten erreichte die Zahl der in Frankreich einreisenden ausländischen Arbeiter 32 994, wodurch sich die Gesamtzahl der ausländischen Arbeiter seit dem 1. Januar 1947 auf 155 730 erhöhte. Unter den ausländischen Arbeitern befinden sich 60 140 Italiener.

Investierungsprojekt der Standard Oil sieht Anlagen im Gesamtwert von 100 Mill. Dollar zur Errichtung einer Raffinerie in Faxley in der Nähe von Southampton vor. Der Abschluß kam erst zustande, nachdem die englische Regierung den Schutz der neuen Unternehmensgegenstände gegen etwaige Verstaatlichungsmaßnahmen garantiert hatte.

Kritik ERP-Abkommen Schweiz-USA

Die Vereinigten Staaten haben darauf verzichtet, auf dem Abschluß eines bilateralen Handelsvertrages zwischen den USA und der Schweiz im Rahmen der ERP-Hilfe zu bestehen. (Wir berichteten darüber bereits in Nr. 43 vom 23. Okt.) Nach monatelangen Verhandlungen, in denen die Schweizer Delegation immer wieder sehr energische Einwände gegen die amerikanischen Vertragsentwürfe erhob, haben die Vereinigten Staaten festgestellt, daß die Schweiz keine finanzielle Hilfe von den USA erhalten und daher der Abschluß eines bilateralen Abkommens nicht erforderlich sei. Die Vereinigten Staaten sind jedoch jederzeit bereit, über ein derartiges Abkommen zu verhandeln, wenn es die Schweizer Regierung wünschen sollte.

Europas Lebensmittellage günstig

Washington. Der Direktor der Ernährungsabteilung bei der ERP-Verwaltung, Dennis Fitzgerald, erklärte, daß die Lebensmittelversorgung Europas günstig sei und sich weiter verbessern werde; die Lebensmittelversorgung werde in den kommenden Monaten kalorienmäßig etwa 30 bis 100% der Vorkriegslage betragen. Das Hauptgewicht lege bei Brot und Kartoffeln. Kritisch sei immer noch die Fleischversorgung, die 60-70% des Vorkriegsniveaus betrage, doch dürften sich die Verhältnisse 1949 bessern. Trotz der guten europäischen Weizenvernte würden aber auch im Frühjahr 1949/50 die amerikanischen Weizenexporte noch einen bedeutenden Anteil an der europäischen Lebensmittelversorgung haben.

Luftverkehr-Gesellschaften mit Gewinn

Nach amtlichen Angaben haben die 16 wichtigsten Luftverkehr-Gesellschaften der USA im dritten Vierteljahr 1948 einen Reingewinn von annähernd 3,3 Mill. Dollar erzielt, während der Betrieb auf diesen Flugsitzen im ersten Vierteljahr 1948 noch ein Defizit von 13,4 Mill. Dollar verursacht hatte.

Kanada Stromerzeugung

Kanada erzeugt jetzt neunmal mehr elektrischen Strom als im Jahre 1939. Trotzdem ist diese Erzeugung noch unzureichend, besonders in der Gegend von Quebec und Ontario. Neue Kraftwerke sind im Bau.

Cripps revidiert Exportziele

(Von unserem Londoner Berichterstatter)

Der Zusammenfassung der britischen Volkswirtschaft auf eine Maximaleistung ihrer Exporte gilt die größte Anstrengung der britischen Regierung. Denn nur dadurch ist die materielle Voraussetzung für die Lebensfähigkeit der britischen Bevölkerung zu erhalten. Diese Exportleistung begreift jedoch Strategisches mehrheitlich auf und hat im Endeffekt ihre bestimmten Grenzen. Die im Jahre 1948 angestellten Berechnungen hatten ergeben, daß das Land seine Exporte zwecks Ausgleich seiner Zahlungsbilanz gegenüber dem Ausland um mindestens 75 Prozent über den Stand von 1938 heben müßte. Obwohl die Importe weiterhin auf 20 Prozent der Vertriebsmenge beschränkt bleiben, sind die Exportpreise seit 1948 so gestiegen, daß die Verkäufe für die doppelte Leistung werden müßten, um einander einen Ausgleich der Zahlungsbilanz sicherzustellen. Solche Exportleistungen sind aber unmöglich. Zur Erzeugung derartiger Überleistungen ist die britische Industrie heute nicht in der Lage, der internationale Markt ist ferner zu begrenzt, um eine so große Mehrerzeugung an britischen Gütern aufzunehmen zu können.

Der Bewegungsfreiheit der Regierung sind damit — wirtschaftlich und politisch — Grenzen gesetzt. Eine weitere Senkung der Importe erscheint ausgeschlossen; das Land muß bemüht sein, im Rahmen seiner Verhältnisse zu leben. Die größtmögliche Steigerung der Exporte ist aber erforderlich, schafft jedoch der durch Nachfrageknappheiten schwer geprüften Bevölkerung das Bild, daß die Früchte ihrer Arbeit ins Ausland abwandern.

Sir Stafford Cripps hatte im September 1947 erstmals in seiner früheren Eigenschaft als Handelsminister Exportziele aufgestellt, welche die Exporte bis Mitte 1948 auf 140 Prozent und bis Ende 1948 auf 184 Prozent gegenüber 1938 betonen sollten. Hierbei war auf die Granderfordernisse des Inlandmarktes und die Aufnahmefähigkeit des Auslandes nicht genügend Rücksicht genommen worden, wie die praktischen Schwierigkeiten im Laufe der Zeit zeigten. Zugeständnisse gegenüber den Handelspartnern genügen nicht ausreichend, den Absatz zu sichern. Der Überschub frag aber dem bei, das Warenangebot im Inland zu steigern, so daß z. B. die inländischen Zuweisungen an Textilwaren erhöht und die Rationierung für Schuhe ganz aufgehoben werden konnten. Die Verknappung gewisser Rohstoffe — an der Spitze Stahl — traten weitere Erleichterungen. Darunter war insbesondere „Cripps-Plan“ nach unten zu berichtigen, so daß das Exportziel für Ende 1948 schließlich nach 124 Prozent betrug. Man verzichtete Exportziele für Maschinen und sonstige Fertigwaren aus Stahl durch Exportleistungen der Baumwollindustrie auszugleichen. Trotzdem entwickelten sich die Exportleistungen der Textilindustrie im September 1948 auf 138 Prozent, im ersten Quartal 1949 auf 136 Prozent und in den folgenden Quart-

alen auf 124 bzw. 128 Prozent. Wie Handelsminister Wilson kürzlich bekanntgab, besteht Aussicht, daß das Exportziel für das Jahresende erreicht werden würde.

Man stand vor wenigen Tagen die Exportziele für 1949 veröffentlicht wurden, die in verschiedener Hinsicht von „Cripps-Plan“ abweichen. Für gewisse Warenkategorien z. B. Erzeugnisse aus Eisen und Stahl, sowie Nichtlebensmittel stellen die gegebenen Zahlen nicht „Ziele“, sondern nur „Voraussetzungen“ dar. Es werden Zielstufen für das Jahresende 1949 gegeben und nicht mehr Zwischenstufen. Auf die Verfügbarkeiten von Rohstoffen ist Rücksicht genommen. Der neue Plan stellt sich also mehr auf den Boden der Tatsachen, 100 Prozent sind das Gesamtziel, nur 4 Prozent mehr als für 1948. Hieraus ergibt sich die Einsicht, daß die britische Exporte ihren verfügbaren Höchststand relativ nahegekommen sind und für das nächste Jahr keine bedeutende Steigerung zu erwarten ist. Dies geht auch aus den Zielen für die einzelnen Warenklassen hervor. So steht der Plan für den Export von Lebensmittel, Metallwaren, Gummiwaren, Lederwaren, Papiererzeugnissen, Holzwaren und Bekleidungsgegenständen für das nächste Jahr bedeutende Verminderungen vor, während von der Kohlenwirtschaft, der Koksofenindustrie, der Baumwollwirtschaft, der chemischen Industrie, der Porzellanindustrie und einigen anderen Wirtschaftszweigen wesentlich vergrößerte Exporte erwartet werden. Die versuchte Anpassung der Exportwirtschaft an die Nachfrageänderungen auf den Auslandsmärkten ist damit unverkennbar. Für das Gelingen ist jedoch Voraussetzung, daß die Exportleistungen stabil bleiben und die Verhandlungen mit den Handelspartnern, die teilweise noch nicht abgeschlossen sind, keine Schrumpfung der Abnahmen ergeben.

In Großbritannien wurden die Exporte in der Textilindustrie für 1949 bekanntgegeben. Die Produzenten sollen danach ihre Exporte um 1,6 Mill. Pfund Sterling monatlich über das Monatsziel vom Ende dieses Jahres, das 27,4 Mill. Pfund Sterling beträgt, steigern.

Monatliche Textilexporte aus Großbritannien

in Millionen Pfund Sterling	1948		1949	
	Ende 48	Ende 48	Ende 48	Ende 48
Baumwolle	15,0	13,0	12,0	10,2
Wolle	12,5	12,4	9,9	7,1
Selbst-Kunststoffe	4,5	4,4	3,5	3,3
andere Textilien	3,4	3,4	2,5	2,3
Fertigwaren	4,0	4,2	2,9	2,5
Gesamt	39,4	37,4	31,0	28,4

„Die britische Textilindustrie hat jetzt einen amerikanischen Wettbewerb standzuhalten, der weit erweiter ist, als es die kontinentalen Konkurrenz vor dem Krieg war, besonders auf dem Gebiet der Südwäsche und der Bekleidungs-

gegenstände, und zwar wegen der langfristigen und modern ausgestatteten amerikanischen „Industrie“, erlärte der Vorsitzende des Verbandes der britischen Textilindustrie, James Wood, in Manchester. Das Wiederaufleben der japanischen Konkurrenz müsse sorgfältig überwacht werden. Dieser Wettbewerb mache sich besonders auf dem Gebiet der Handtuch-Produktion bemerkbar.

Die Automobilindustrie exportierte in den ersten neun Monaten dieses Jahres ungefähr 170 000 Kraftwagen im Werte von 45 Mill. Pfund Sterling, wovon 12 Mill. aus Ländern mit wertvoller Währung kamen. Gegenüber 1938 bedeutet dies das Dreifache an Quantität und das Achtfache an Wert. Die Exporte des Jahres 1948 liegen bereits um 30 000 Wagen höher, als der Export des Gesamtjahres 1947 betrug.

Die 23. Internationale Automobilausstellung in London ist am 6. November nach achtstündiger Dauer geschlossen worden. Die erbrachte Aufträge im Werte von über 200 Mill. Pfund Sterling.

Kohlförderung steigt weiter

In der am 23. Oktober beendeten Woche hat im britischen Kohlenbergbau die Förderleistung unter Tag abermals eine erhebliche Aufwärtbewegung erfahren. Mit 4 641 300 t steigt sie eine Steigerung um 63 000 t gegenüber der Vorwoche, die bereits eine Erhöhung um 11 000 t ausgewiesen hatte. Damit ist das beste Förderergebnis unter Tag seit der am 30. Dezember 1947 beendeten Woche erzielt worden.

Die Förderung unter freiem Himmel fiel von 260 000 t auf 230 400 t, so daß sich die Gesamtproduktion auf 4 871 700 t gegenüber 4 320 000 t stellt.

Die Förderung seit Jahresbeginn erreichte damit 137 942 000 t, also um 4 975 700 t mehr als in der entsprechenden Periode des Vorjahres. Um das Ziel der Jahresproduktion von 300 Millionen t zu erreichen, müßte die Förderung in den verbleibenden zehn Wochen auf einen Durchschnitt von 4 370 000 t kommen, was jedoch unter Berücksichtigung der infolge der Feiertage am Jahresende zurückfallenden Arbeitsschichten kaum möglich sein wird.

Einsparung der Rüstausgaben

Die Aufhebung der Regierungskontrolle über Produktion und Verteilung einer großen Anzahl industrieller Rohstoffe und Halbfabrikate wurde am Donnerstag im Unterhaus bekanntgegeben. Damit werden nach Angaben der Handelsministerin Wilson 200 000 Lizenzen im Jahre überflüssig. Die Kontrollen der Grundstoffindustrien bleiben weiter bestehen.

Aus der Bewirtschaftung werden unter anderem hervorgehoben: Düngemittel, gewisse Chemikalien und alle Arten von Textil-, Papier- und Druckereimaschinen. Die Industrie muß ihre Produktion weitgehend den Wünschen der Regierung entsprechend gestalten und belohnen Markt aufhalten.

**Süddeutscher
Spinnweber-Verband G. m. b. H.
Stuttgart z. Zf. Wendlingen (Neckar)**

**Spinnereien
Webereien
Bleichereien
Färbereien
Druckerei**



